

48. Sessionsrückblick von Nationalrat Thomas Aeschi

Herbstsession 2023



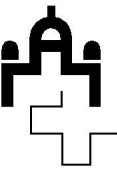
-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 4. Aktualitäten

1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

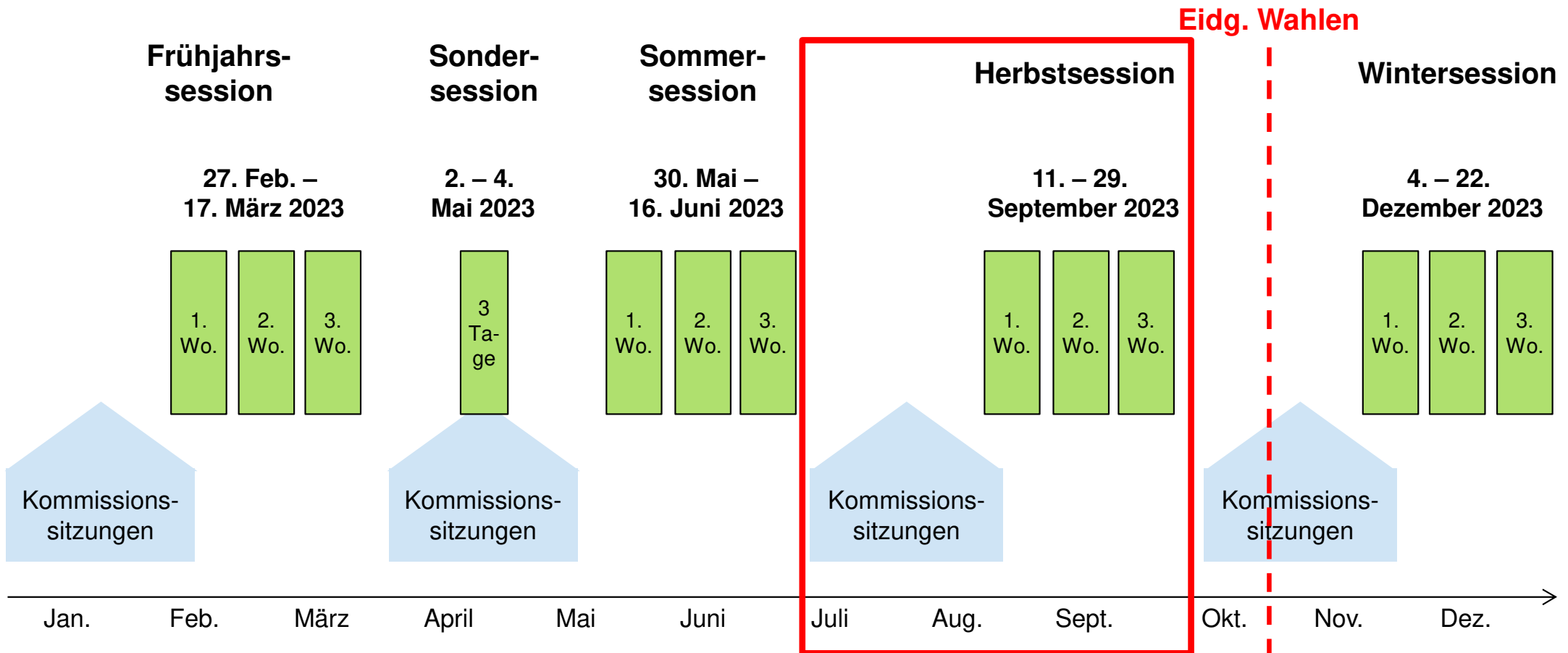
2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session


3. Besuch im Bundeshaus

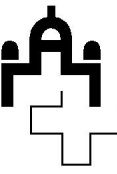
4. Aktualitäten



In diesem Sessionsrückblick informiere ich über die Herbstsession und andere wichtige politische Entwicklungen

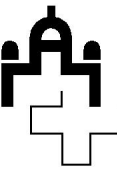


 **Zusätzlich zu den Sessions und Kommissions-/Delegationssitzungen finden Sitzungen von parlamentarischen Gruppen, Informationsveranstaltungen und andere Anlässe statt.**

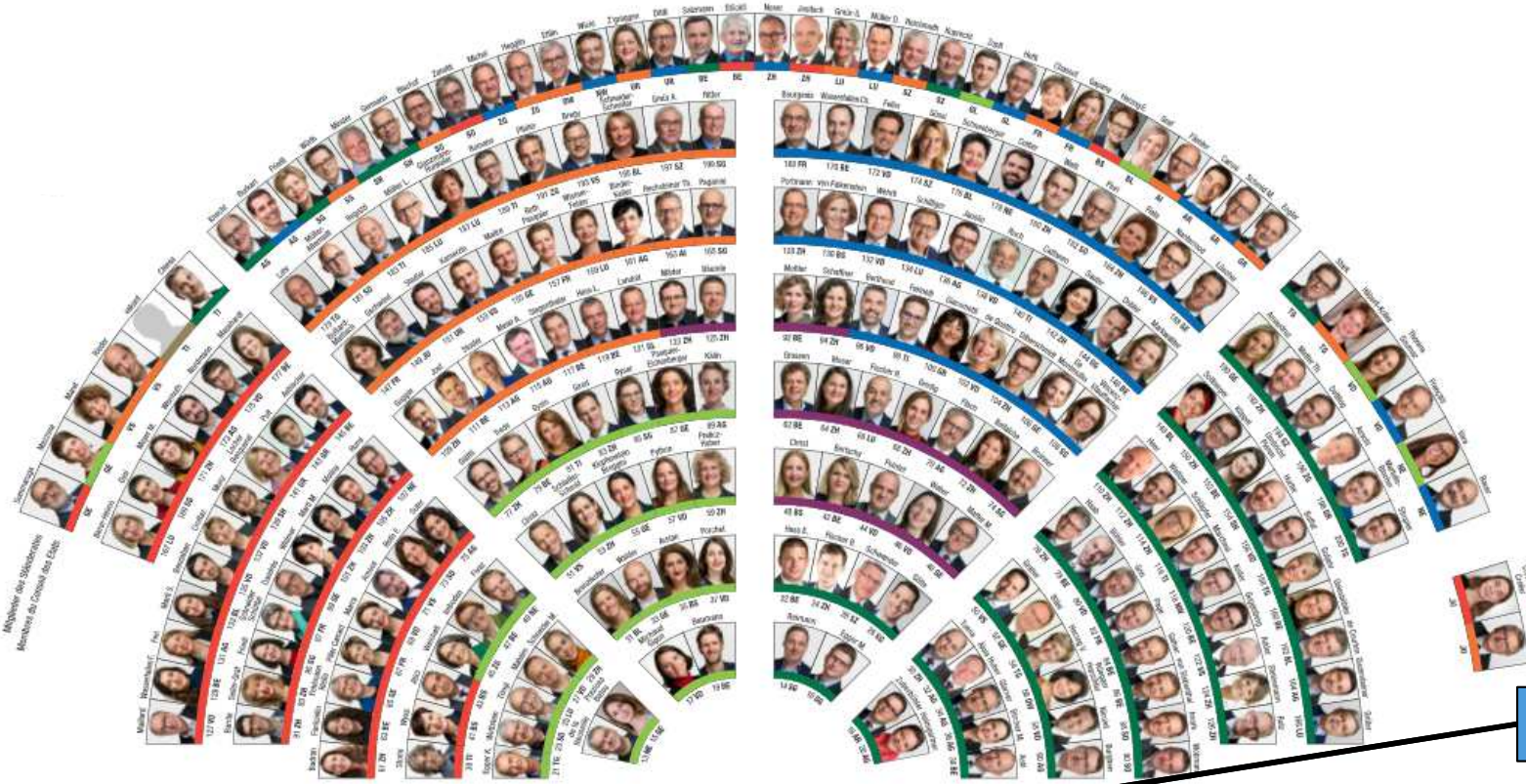


Eine typische Sessionswoche besteht nicht nur aus Ratsdebatten, sondern auch aus Fraktions- und Informationstreffen





Der Nationalrat wird durch einen Vertreter der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die FDP



SVP:	55
SP:	39
Die Mitte:	31
Grüne:	30
FDP:	29
GLP:	16

8 Stimmzähler

Präsident (Mitte)

1. Vizepräsident (SP)

2. Vizepräsidentin (FDP)

Fraktionen / Groupes parlementaires

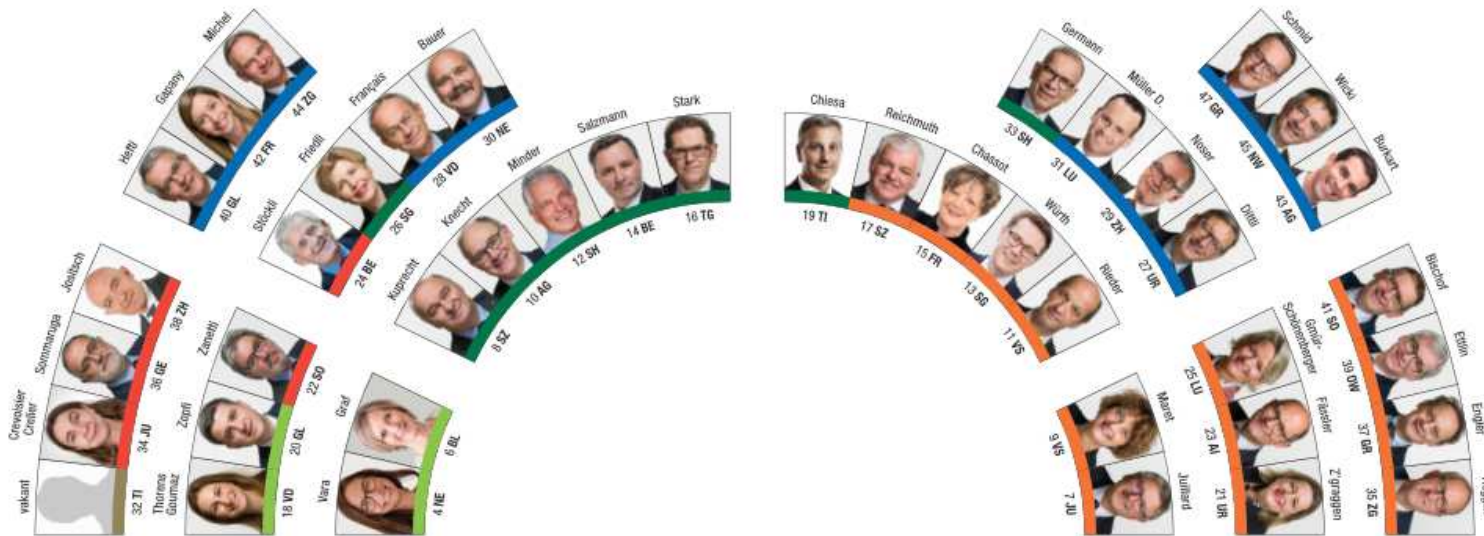
- Y = SVP/PEV
- PL = FDP/PLS
- S = SP/PS
- G = Grüne/Verdi
- ML = Die Mitte/MLD
- GL = GLP/Verdi



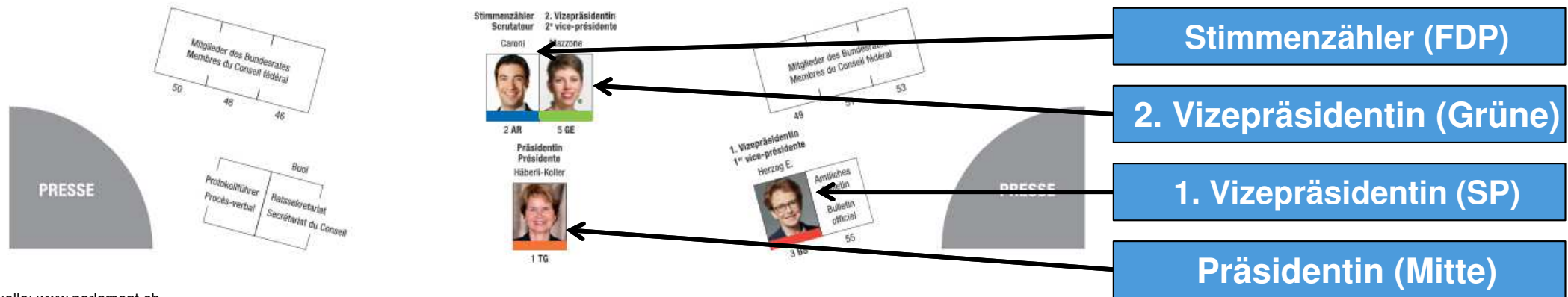
Quelle: www.parlament.ch

TA / 2. Oktober 2023

Der Ständerat wird durch eine Vertreterin der Mitte präsidiert, die Vizepräsidenten vertreten die SP und die Grünen



Stärke der Fraktionen im Ständerat	
Die Mitte:	14
FDP:	12
SVP:	8
SP:	6
Grüne:	5
GLP:	-

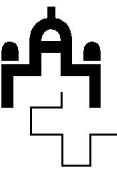


1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr

2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session

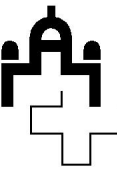
3. Besuch im Bundeshaus

4. Aktualitäten



Die untenstehenden Geschäfte sind die bedeutendsten der Herbstsession 2023 und werden nachfolgend vertieft behandelt

- 1 Feier „175 Jahre Bundesstaat“
- 2 23.3950, 23.3851 Paradigmenwechsel in der Asylpolitik. Unterbinden von Migrationsrouten - Bekämpfung von Schlepperwesen und Kriminalität
- 3 23.3777, 23.3832 Keine 10-Millionen-Schweiz!
- 4 Verhältnis Schweiz-EU
- 5 21.047 Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Mantelerlass)
- 6 Transparenzregeln für die Politikfinanzierung
- 7 Legislaturbilanz der NZZ
- 8 Tagesanzeiger-Prognose für den 22. Oktober 2023
- 9 Fake News zum angeblichen Rücktritt von SVP-Bundesrat Guy Parmelin
- 10 Diverse weitere Geschäfte



Die Feier „175 Jahre moderne Schweiz“ missglückte, so dass sogar der Tagesanzeiger kritisch darüber berichtete

Und am Schluss sind alle hässig

175 Jahre moderne Schweiz: Die Feier zum Jubiläum der Bundesverfassung wurde unerwartet politisch. Viele störten sich an der Inszenierung. Für einen Festakt war die Unzufriedenheit erstaunlich gross.

Keller-Sutter mochte nicht singen, Rösli wollte hinaus

Die Verfassungsfeier im Bundeshaus hallt nach



Patrick Secorhan dirigiert das Volkenssemble Anfert am Festakt zum 175. Geburtstag der Bundesverfassung. Foto: Schweizerische Eidgenossenschaft



240 Kantonsämter: B



Begonnen: Suter: Das Örg

DAVID BIERER, GEORG HARLER, BERN

Bundesbern feiert 175 Jahre Bundesstaat. Dem Fraktionschef der grössten Partei gefällt das Programm nicht. Es gibt ein post Schlegelchen. Und Bundesbern geht zur Tagesordnung über.

So, oder so ähnlich, präsentierte sich am Dienstag der nationale Publikauftritt (der Ausserwelt). Es ist eine kleine, auf sich bezogene Welt, die da verrückt spielt. Und doch hallen die Töne der kontemporär-komödiantischen Interpretation des Schweizerpalms nach, das Stammeln der Clowns, die neben dem Originalstück für Bundesverfassung von 1848 durch die Feier führten.

So soll die Nachwelt zumindest wissen, dass Thomas Aeschi nicht der Einzige war, der sich am Dienstag im Nationalhaus geärgert hat.

SVP-Bundesrat Albert Rösti hat sich an den Darbietungen der Massen generiert, dass er den Saal verlassen wollte. Bundeskanzler Walter Thurnherr soll ihn davon abgehalten haben. Der Kabarettist Joachim Kimmeyer konnte seinen eigenen Text für den Schweizer Palm nicht nur vorlesen, sondern benötigte die Anwesenden auch mit dem Absingen seiner zuwartenden Nummer.

Das war dann auch für Karin Keller-Sutter so viel. Die FDP-Bundesrätin legte das Programmbrüchlein eintouriert zur Seite. Ob ein Clown in diesem Rahmen die Schweizer Fahne mit einem Plus, die eoterreiche dagegen als Minus bezeichnen will, ist ebenfalls Geschmackssache.

2023 steht die Armee hinten an

Die Armee, die erste zentrale Institution des jungen Bundesstaates, war am Tag der Verfassung erst gar nicht willkommen. Der Chef der Armee, Korps-



Das Yankato: Gilbert und Oleg machen Witze am Festakt zum 175. Geburtstag der Bundesverfassung vor der Vereinigten Bundesversammlung. Foto: Schweizerische Eidgenossenschaft

hlt Prioritäten setzen müssen – entlang der gängigen Hinstandize, wie es hiess.

Immerhin: Philipp Schwab zeigt sich zufrieden mit der Feier. Das Jubiläumstreffen sei an ein vielfältiges Publikum gerichtet und das Programm, bewusst auf Vielfalt und Abwechslung angelegt gewesen, sagt die Generalsekretärin der Vereinigten Bundesversammlung. Vielfalt der Reden der Spitzen der Staatsgewalt, Vielfalt der Musikstile und der humoristischen Einlagen; Vielfalt der Sprachen, Vielfalt der Menschen, der Generationen und der Kulturen in diesem Land und Vielfalt der Aussagen zur Bundesverfassung.

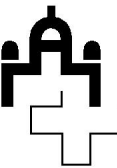
Ausgerechnet die Armee passt nicht zu dieser Vorstellung von Vielfalt, obschon sie das eigentliche Sinnbild der schweizerischen Vielfalt ist: Berisha leitet Diemtigen Ivanovic, Hirschi neben Bernas-

zur gerade eine kritische E-Mail erhalten, aber viele positive Rückmeldungen.

Nächste Gelegenheit: 2041

Den Kantonspräsidenten wird von allen vorerwähnt, dass sie nicht die Feiern der Parlamentspräsidenten hätten entwerfen lassen. Nationalratspräsident Martin Candrian wollte erst gar nicht mit darauf zurückkommen. «Die Feiern durch: Ich habe noch nichts zu sagen. Freuen wir uns gemeinsam über das jüngere Kunstwerk. (Titel: aus Bundesbank.) Mit Titos meint Candrian neu geschriebene Geschichte des Parlamentsgebäudes. Die 240 Kantonspräsidenten sollen sich zu-milch karmontisch in Basl ein. Und schon heute weiss nicht mehr, wie es zervor ausgesehen.

Die nächste Gelegenheit für die Feiern ist im Saal zu setzen. Die



Noch immer lehnt eine Mehrheit in den Räten grifffige Verschärfungen im Asylwesen ab

- Alle Parteien ausser die SVP lehnten den Vorstoss „Paradigmenwechsel in der Asylpolitik. Unterbinden von Migrationsrouten – Bekämpfung von Schlepperwesen und Kriminalität“ ab.
- Immerhin wurde mit 92 zu 83 Stimmen ein Antrag angenommen, dass auf Asylanträge von Asylsuchenden aus sicheren Drittstaaten ausnahmslos nicht mehr eingetreten werden soll (Motion 23.3533).

Lampedusa kurz vor dem Kollaps

Tausende Migranten sind in dieser Woche angekommen. Eindrucke von einer Insel im Ausnahmezustand.

Regina Post, Lampedusa
Es ist drüben auf der italienischen Mittelmeeresinsel Lampedusa



Grenzkontrollen im Schengenraum



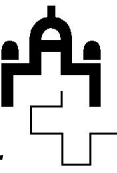
Quelle: CH Media, EU-Kommission

EU ringt um Asylkompromiss

Berlin gibt Blockade beim Krisenmechanismus auf

Wochenlang hat Deutschland Widerstand gegen ein zentrales Element der Asylreform geleistet. Jetzt stimmt auch Berlin den neuen Regeln zu. Doch die Positionen der Mitgliedstaaten liegen immer noch weit auseinander.

Die Ermalen sind eine Position...
...sagt auch Medias Corona...
...Die Medien der...
...auf die Insel...
...auf die Insel...
...auf die Insel...



Noch will das Parlament die Zuwanderungsbestimmungen nicht verschärfen – doch geplante Lockerungen lehnt es nun plötzlich ab

- Die Schweiz hat die Grenze von 9 Millionen Einwohnern überschritten - 37 Jahre früher als vom Bundesrat noch 2014 bei der Abstimmung über die SVP-Masseneinwanderungsinitiative vorhergesagt.
- Dies hat Auswirkungen auf alle Bereiche unseres Lebens: Staus, überfüllte Züge, überlastete Spitäler, importierte Kriminalität, Energieknappheit, sinkendes Niveau in den Volksschulen sinkendes Pro-Kopf-Einkommen usw.
- Die SVP forderte, endlich Höchstzahlen und Kontingente für die Zuwanderung (gemäss Art. 121a der Bundesverfassung) einzuführen. Weder der Nationalrat noch der Ständerat unterstützen den Vorstoss.

Aus Angst vor der SVP?

Das Parlament krebst bei der Zuwanderung zurück und schiebt geplante Lockerungen auf die lange Bank

PARIS, SCHWABEN, 2019
 Es war eine der knappsten und folgenschwersten Abstimmungen der letzten Zeit: 2014 haben sich 50,9 Prozent der Stimmberechtigten für die Masseneinwanderungsinitiative der SVP ausgesprochen. Das Verdict hält bis heute noch und sorgt im Bundeshaus für Verunsicherung – fast vor den Wahlen erst recht. Dieser Schluss drängt sich angesichts von zwei konkreten Beispielen aus der laufenden Session des Parlaments auf, der letzten dieser Legislatur.

Am Dienstag hat der Ständerat die Notbremse gezogen: Mit Verweis auf den Zuwanderungsartikel, der seit Annahme der SVP-Initiative in der Verfassung steht, hat er eine Vorlage zurückgewiesen, die im Prinzip weiterhin unterstützt wird. So rief darauf ab, dass beschlossene Aussteller, die in der Schweiz zum Beispiel an einer Hochschule einen Abschluss gemacht haben, einarbeiteten Lohn bleiben können. «Wenn die Schweiz keine Spezialisten anlockt, sollten sie sich hier arbeitslos konkret» so hat der FDP-Nationalrat Michel Dähler, für den die Fondierung zurückgeht, sein Motiv umschrieben. Das klingt plausibel. Doch ob das Projekt noch der Rückweisung durch den Ständerat noch eine Chance hat, ist ungewiss.



Für ausländische Hochschulabgänger wird es künftig nicht einfacher, in der Schweiz bleiben zu können. (GEOFFREY HERRON)

Der Bundesrat zweifelt

Das zweite Beispiel für die migrationspolitische Nervosität liefert der Nationalrat. Hier liegt eine grundsätzlich beschlossene Änderung des Ausländergesetzes vor, die den Familiennachzug für Schweizer Familien vereinfachen soll. Befremt ist dies vor allem für Eingebürgerte, die zum Beispiel ihre Eltern in die Schweiz holen möchten. Die Vorlage hätte in der laufenden Session behandelt werden sollen. Manche in der SVP freuten sich bereits auf den Stellposten im Wahlkampf.

Doch dann ist das Geschäft wider Erwarten nicht aus dem Programm aufgetischt. Begründet wird dies damit, dass die zuständige Nationalratskommission keine Zeit mehr hätte, die kritischen Hinweise des Bundesrats zu diskutieren, da sich dessen Stellungnahme verzögert hat. Sie hat es in sich. Der Bundesrat zweifelt.

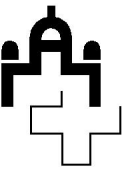
Einmal ist, überlässt es aber dem Parlament, der Sache auf den Grund zu gehen. Die Vorgaben der Verfassung sind scheinbar klar: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig», steht da. Und im nächsten Satz ist von «Höchstzahlen und Kontingenten» die Rede. Das Parlament hat diese Regeln jedoch so interpretiert, dass sie nur einen relativen kleinen Teil der Migration erfassen. Für den grossen Rest – für die Zuwanderung aus der EU – können sie nicht zur Anwendung kommen, weil sie im Widerspruch zur Personenfreizügigkeit stehen, zu der sich die Schweiz verpflichtet hat. Dieses Abkommen bestimmt lange vor der Abstimmung 2014 und wurde 2020 vom Volk noch einmal klar bestätigt (67,7 Prozent Ja-Stimmen).

Die (Nicht-)Umsetzung des Zuwanderungsartikels...

beten Familiennachzug – Zahlenmässig als kleinere Eingriffe polit. dertwegen die Zuwanderung kann wesentlich zunehmen würde. Zudem konnten von der ersten Vorlage Hochqualifizierte von aussenhalb der EU profitieren, bei denen auch SVP-Exponenten Kälte etwas dagegen haben, wenn sie in der Schweiz bleiben und arbeiten können.

Unnötige Erleichterungen
 Trotzdem haben bürgerliche Ständeräte dafür gesorgt, dass die Vorlage an den Bundesrat zurückgeschoben wird. Der Hauptgrund: In der vorliegenden Version würde ausserhalb der Personenfreizügigkeit eine Kategorie von Ausländern entstehen, die nicht der Kontingenzunterworfen unterliegt. Diese...

«den, weil er zusätzliche Erleichterungen für Studienabgänger für unnötig hält und dem auch einen Vorstoss gegen das bestehende Kontingenzsystem sieht. Das Parlament liess den Vorstoss unbedacht gut, worauf der Bundesrat gezwungen war, eine Umsetzungsvorlage zu erarbeiten. Insofern entbehrt es nicht der Ironie, dass der Ständerat nun eine Korrektur der Auftragsarbeit im Auftrag gibt – ohne zu sagen, wie sie inhaltlich aussehen soll. Die zuständige Bundesratin Elveth Baume-Schweizer lässt am Dienstag durchblicken, dass es nicht einfach wird. Lediglich am vorliegenden Entwurf herumzuschreiben, werde nicht genügen. Wie es beim anderen Geschäft statt findet, ist unklar. Dies wird sich voraussichtlich in der...



Parteipräsident Chiesa überreicht Chefdiplomat Fasel die SVP-„Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte“

Der neue Chefdiplomat dämpft die Erwartungen

In der Beziehungskiste Schweiz-EU könnte es weitere Verzögerungen geben

HANSUELI SCHÖCHLI, BRÜSSEL

Antrittsbesuch. So nannte die Schweiz den ersten offiziellen Auftritt des neuen Staatssekretärs Alexandre Fasel in Brüssel im Rahmen der laufenden Sondierungen Schweiz-EU. Der Begriff sollte die Erwartungen tief halten. Fasel traf sich am Donnerstag mit Juraj Nociar, dem Kabinettschef des für das Schweiz-Dossier zuständigen EU-Kommissars Maros Sefcovic. Fasels Vorgängerin Livia Leu hatte zehn offizielle Sondierungsgespräche geführt. Fasels Antrittsbesuch zählt in der Buchhaltung nicht als Gesprächsrunde Nummer 11.

Immerhin waren für die Gespräche einschliesslich Mittagessen dreieinhalb Stunden reserviert. Es würde dann noch etwa eine Stunde mehr. Angesagt war neben der gegenseitigen Beschnepperung eine Bestandaufnahme zu den Sondierungsgesprächen. Auf technischer Ebene findet zurzeit laut Schweizer Angaben ein- bis zweimal pro Woche ein Austausch statt. Bisher gab es schon etwa 35 technische Gesprächsrunden.

Image als Zeitschinderin

Der neue Schweizer Chefdiplomat kämpft in Brüssel gegen das Image der Schweiz als Zeitschinderin. Die Schweiz hinterlässt oft den Eindruck, dass sie selber nicht weiss, was sie eigentlich will. Das spiegelt die innere Gespaltenheit des Landes in der Europapolitik – im Bundesrat, bei den politischen Parteien, im Volk. Einmal sind es Wahlen, dann wieder sind es Abstimmungen über eine SVP-Volksinitiative, die Gründe liefern, «nicht gerade jetzt» eine Vereinbarung mit der EU zu präsentieren.

Die Parlamentswahlen vom Oktober werden zwar bald vorüber sein, doch die SVP hat diesen Sommer mit der Lancierung einer neuen Einwanderungsinitiative («keine 10-Millionen-Schweiz») bereits wieder ein Instrument kreiert, das die innenpolitische Europa-Debatte eine Weile beeinflussen kann.

Laut dem bisherigen Schweizer Fahrplan sollen die laufenden Sondierungsgespräche mit der EU diesen Herbst in



Der Staatssekretär Alexandre Fasel machte am Donnerstag in Brüssel seinen Antrittsbesuch in der EU-Zentrale. ANTHONY WHEAT/REUTERS

eine Einigung münden. Der Bundesrat würde gegen Ende Jahr – nach den Parlamentswahlen im Oktober und wohl auch nach der Bundesratswahl vom Dezember – ein Verhandlungsmandat verabschieden. Die offiziellen Verhandlungen würden im Frühjahr 2024 beginnen.

Eine «Einigung» in den Sondierungsgesprächen hiesse ein schriftliches Dokument über das gemeinsame Verständnis zu den «Landezonen» künftiger Verhandlungen. Das Vertrauen der EU in die Schweiz ist seit dem helvetischen Abbruch der Verhandlungen von 2021 über den Rahmenvertrag ausserordentlich gering. Ein hoher EU-Vertreter äusserte diese Woche im Gespräch erneut sein Unverständnis darüber, dass

es der Bundesrat nicht gewagt hatte, das ausgehandelte Rahmenabkommen ins Parlament zu schicken.

Die EU will eine politische Verpflichtung des Bundesrats über die besagten «Landezonen» künftiger Verhandlungen; das ist die Bedingung für die Wiederaufnahme der Schweiz als Vollmitglied in das EU-Forschungsprogramm Horizon. Eine schriftliche Vereinbarung soll aus EU-Sicht verhindern, dass der Bundesrat wie 2021 die offiziellen Verhandlungen plötzlich abbricht.

Fasels Vorgängerin Livia Leu galt im Europa-Dossier nicht als grosse Impulsgeberin. Das dürfte wesentlich mit der Zurückhaltung im Bundesrat zu tun haben. Zurückhaltend gab sich am Don-

nerstag auch Fasel in Brüssel – zumindest im Gespräch mit den Medien nach seinem Antrittsbesuch. «Wenn wir jetzt gut vorwärtskommen» und wenn man in der Schweiz gut vorwärtskomme, könnte der Bundesrat «gegen Jahresende ein Verhandlungsmandat vorbereiten», erklärte der Chefdiplomat.

Das klang nicht gerade optimistisch. Zum einen heisst «vorbereiten» eines Verhandlungsmandats nicht «verabschieden». Schon dies lässt mutmassen, dass es weitere Verzögerungen geben könnte. Fasel wollte auf Nachfrage keine nähere Erklärung liefern. Zum anderen deutete seine Formulierung an, dass in den Schweizer Gesprächen mit der EU und auch in der innenpoliti-

schen Kontroverse zwischen partnern noch erhebliche Überwinden sind.

Die Schweiz scheint da gehen, dass die angestrebte V über die «Landezonen» k Verhandlungen nicht vom Bun zeichnet wird. Unklar bleibt cher Form die politische V der Landesregierung daher

Die Stolpersteine

Die EU-Kommission erklärte am Donnerstag, dass sie die Sondierungsgespräche so rasch wie möglich will. Sie betonte, danach den Verhandlungen noch Amtszeit vollenden zu dürfte aus heutiger Sicht rig sein. Im Juni 2024 EU-Parlament gewählt, übernimmt die neue Kom

Zu den verbliebenen Stolpersteinen zählen das Europäische Gericht, der Lohnschutz. Auch um noch geringen. Beim es nur um einen kleinen Schweiz erwerbstätige und jene, die von Finnland für vorübergehende die Schweiz «entsandt auf eine Baustelle. Die schafften benutzen dies als Hebel, um für ihre einem EU-Abkommen Konzessionen heraus Haltung unterstellt, da kommen nicht im Inter Arbeitnehmer in der

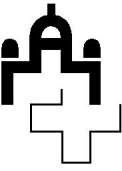
Die Gewerkschaften ihrer Taktik schon Volksabstimmung über die Initiative erhalten als Konzession einer neuen Sozialleistung). Im Gegen nichts ausser die A digungsinitiative, die scheitert wäre. Das Arbeitgeber auf in engen Grenzen z



Antrittsbesuch bei Staatssekretär Alexandre Fasel:

Parteipräsident Marco Chiesa und Fraktionspräsident Thomas Aeschi überreichen die «Resolution zur Verteidigung unserer Freiheit und Volksrechte - Nein zum Unterwerfungsvertrag der EU» der SVP Schweiz.





Mit dem sog. „Mantelerlass“ soll die Produktion erneuerbarer inländischer Energie erhöht werden – ob das gelingt, ist offen

- Der Mantelerlass will den Weg ebnen für eine höhere Stromproduktion mit Solar-, Wind- und Wasserkraftanlagen im Inland.
- In allen Stromproduktionsbereichen soll es künftig einen Vorrang gegenüber dem Naturschutz geben.
- Im Fokus stehen 16 Wasserkraftprojekte.
- Zudem findet sich in der Vorlage eine Solarpflicht für Neubauten mit mehr als 300 Quadratmetern anrechenbarer Fläche.
- In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat den Mantelerlass mit 177 zu 19 Stimmen und der der Ständerat einstimmig an.

Nur Rösti kann restlos zufrieden sein

Kompromisse in der Energiepolitik Bürgerliche wie Umweltschützer: Alle mussten Abstriche machen beim neuen Gesetzespaket. Dafür droht kein Referendum. Das freut Bundesrat Albert Rösti.

Konrad Staehelin

Teils aus ideologischer Überzeugung, teils aus taktischem Kalkül: Der nicht mehr ganz so neue SVP-Energieminister Albert Rösti geht die grossen Fragen unserer Zeit anders an als seine SP-Vorgängerin Simonetta Sommaruga. Das zeigt sich beispielhaft am jüngsten Gesetzespaket zur «Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», das die beiden Parlamentskammern in diesen Wochen fertig verhandelt haben. Damit will die Politik die 2017 vom Volk beschlossene «Energiestrategie 2050» umsetzen. Sommaruga hatte die Vorlage ausarbeiten lassen und vor zwei Jahren ins Parlament geschickt.

«Ich weiss, dass die Linken es lieber gehabt hätten, ich hätte mehr für Solaranlagen gekämpft.»

Albert Rösti
Energieminister

Rösti hat sie seit seinem Amtsantritt vor neun Monaten durchs Parlament balanciert; jedes Ausschüssen nach links oder rechts hätte ein Referendum provoziert können; im schlimmsten Fall hätten sich die beiden Pole im Kampf gegen die Vorlage sogar verbinden können. Sie wäre verloren gewesen.

Als Sommaruga 2020 die ähnlich bedeutsame Revision des CO₂-Gesetzes durchs Parlament brachte, wählte sie einen ambitionierteren Weg: Die SVP stimmte geschlossen dagegen und ergriff das Referendum. Die Niederlage vor dem Volk im Frühsommer 2021 wurde zu Sommarugas schmerzhaftester. Rösti sagte am Dienstag im Nationalrat: «Ich bin



Lösungen akzeptieren müssen, weil nur ein Kompromiss für alle akzeptabel schien.

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Die SVP-Energieminister

Ohne Kernkraft droht eine Stromlücke

Eine ETH-Studie zeigt: Je länger die bestehenden vier Reaktoren laufen, desto günstiger, stabiler und sicherer ist die Energieversorgung

DAVID WENDEL

Die erneuerbaren Energien müssen rasch und stark ausgebaut werden. Darüber herrscht in der Schweizer Politik Einigkeit. Die Grundfrage dafür soll das Gesetz über die «Sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien» liefern, das auch im Parlament und der Zurückgelehrt.

Noch bevor das so weitläufige Gesetz in den nächsten Tagen ins Parlament geht, ist ein Bericht der ETH Zürich (bis zu einem gewissen Grad) einleuchtend. Die Forschungsarbeiten, die der NZZ exklusiv vorliegt, prognostizieren, dass die im Gesetz verankerten Ausbaupläne mit der gegenwärtigen Politik deutlich verfehlt werden. So gehen die Wissenschaftler davon aus, dass die Schweiz im Jahr 2050 nur noch 30 Prozent weniger Energie produzieren wird als im Jahr 2020. Und auch für das Jahr 2050 wird das Ausbauplan knapp verfehlt.

Grundlegend rechnen die Wissenschaftler stark zu. Während im Sommer grosse Überschüsse erreicht werden, fällt im Winter eine enorme Lücke von bis zu 17 Terawattstunden (TWh). Zum Vergleich: In den vergangenen Jahren waren es im Schnitt etwa 4 TWh. Ob eine so grosse Menge im Schnitt aus dem Nachbarländern importiert werden kann, ist unklar, weil der Strom in den angrenzenden Ländern knapp werden könnte.



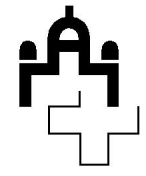
Das Kernkraftwerk Leibstadt sollte 2029 stillgelegt werden – eigentlich

Weniger von Not genötigt hat – Auch dürfte er auf keinen Fall einen weiteren «Müllberg-Möchtest» mehr geben. Das Bundes Kernkraftwerk wurde Ende 2019 aus dem Schweizer Atomkraftprogramm gestrichelt.

Christian Schaffner, auch der ETH warnt derzeit vor Fehlentscheidungen. Die Schweiz dürfe nicht zum Anker gehen lassen werden, den Ausbau der erneuerbaren Energien werden auf die lange Bank zu schieben. «Bei der Verlangsamung der Laufzeit unserer Kernkraftwerke alleine sieht wir unsere Versorgungsprobleme nicht», sagt die Energieexperte. Wäre die Schweiz bis 2050 das Netto-Null-Ziel erreichen, müsste sie sämtliche sozialen Investitionen auf den Ausbau der Erneuerbaren weiter rasch vorantreiben.

Auch zum Bau eines neuen Kernkraftwerks bis 2050 auch ein volkswirtschaftliches Sichtfeld. Laut auch ein der Studie nicht begründet. So veranschaulicht die ETH-Forscher die Kosten für den Bau eines neuen Kernkraftwerks bis 2050.

Ob sich der Bau eines neuen Kernkraftwerks bis 2050 auch ein volkswirtschaftliches Sichtfeld. Laut auch ein der Studie nicht begründet. So veranschaulicht die ETH-Forscher die Kosten für den Bau eines neuen Kernkraftwerks bis 2050.

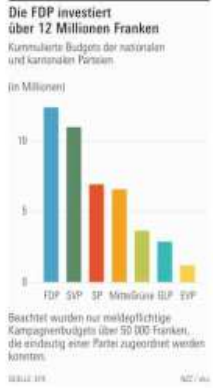


Bei den Nationalratswahlen 2023 kommen zum ersten Mal die Transparenzregeln für die Politikfinanzierung zur Anwendung

Parteien legen Budgets offen – zum Teil

Erstmals greifen vor Wahlen die neuen Transparenzregeln – aber sie lassen sich umgehen und sorgen für Streit.

FABIAN SCHÄFER, BERN
Die Kampagne war verheerend. Im ganzen Land montierten die Erfinder der «Transparenzinitiative» Plakate, auf denen Fragen wie diese standen: «Wer bezahlt dieses Plakat?», «Wer steckt Millionen in diese Kampagne?». Man weiss es zwar weiterhin nicht so genau, doch die Kampagne hat funktioniert. Das Parlament hat einen Gegenvorschlag beschlossen, der so weit ging, dass die Initiative zurückgezogen wurde. Die neuen Regeln über die Transparenz in der Politikfinanzierung kommen bei den Parlamentswahlen am 22. Oktober erstmals zum Einsatz.
In der Datenbank der Eidgenössischen Finanzkontrolle haben bisher etwa 260 Parteien, Kandidaten, Verbände oder Vereine ihre Budgets deklariert. Gesamthalt würden sie rund 50 Millionen Franken in die Wahl investieren. Bei den Einträgen, die sich klar zuordnen lassen, schwangen die FDP und die SVP mit Gesamtbudgets von 12 und 11 Millionen überaus.
Das grösste Einzelbudget weist die SVP Schweiz mit 4,9 Millionen Franken aus. Ganz vorne mischen auch die Wirtschaftsverbände mit: Sie versuchen ihre grosse «Perspektive Schweiz»-Kampagne



als Wahlkampf, ohne anzugeben, welche Parteien sie unterstützen. Bei den Parteien fällt auf, dass die SVP und die FDP zentralistischer operieren als die SP, die den Kantonalparteien mehr Spielraum gibt.
Die Versuchung ist gross, mit diesen Zahlen originelle Rechnungen anzustellen – im Stile von: Wie viel mehr gibt die FDP pro Nationalratsitzung als die SVP? Aber man sollte beachten, dass die Zahlen unvollständig sind. Gesamthaft wird deutlich mehr investiert als die gemeldeten 50 Millionen. Erstens fehlen die Ständeratswahlen, bei denen oft viel Geld fließt, die aber kantonal geregelt sind. Hier müssen die Kandidaten ihre Budgets erst im Nachhinein deklarieren und auch nur dann, wenn sie die Wahl geschickt haben.
Zweitens müssen die Akteure ihre Budgets nur offenlegen, wenn diese den Betrag von 50'000 Franken übersteigen. Deshalb liegen aus Zürich, Bern oder St. Gallen viel mehr Meldungen vor als aus kleineren Kantonen, in denen der Wahlkampf weniger kostet.
Aufteilen und Regeln umgehen
Es offenbaren sich Umgehungsmöglichkeiten. Angenommen, Kandidat Meier führt eine eigene Kampagne und hat einen Unterstützungsverein, der ebenfalls Werbung für ihn macht. Wenn beide Kampagnen je ein Budget von 45'000 Franken haben, bleiben sie unter dem Radar.
Grossen Streit dürfte es zudem in einer anderen Frage geben. Das Gesetz will, dass Spender, die mehr als 15'000 Franken spenden, namentlich genannt werden. In der Datenbank sind auch dazu Einträge zu finden, allerdings sind relativ wenige Privatpersonen und Unternehmen aufgeführt. Stattdessen figurieren auf der Liste viele Sponsorenklubs mit phantastischen Namen à la «Kuratorium Thurgau» oder «Gesellschaft zum Zytthurm». Sie alle nennen zwar Gesamtbudgets, aber keine Namen von Einzelpersonen. Prominentestes Beispiel ist die «Stiftung für bürgerliche Politik», die der SVP eine halbe Million überweist. Ohne allfällige Grossspender deklarieren müsste, wird wohl die Justiz klären müssen. Bei einer Stiftung, deren alleiniger Zweck die Finanzierung einer Partei ist, könnte es schwierig sein, die Namen geheim zu halten. Anders sieht es aus, wenn das Geld über einen Verband fließt, der viele Aufgaben hat.
Theoretisch sind die Regeln klar. Wer über 15'000 Franken zahlt, um eine

Wahl oder Abstimmung zu beeinflussen oder um eine Partei zu unterstützen, muss seinen Namen offenlegen. Dass das in der Praxis Fragen aufwirft, zeigt sich auch im linken Spektrum. Letzten Samstag führten die Gewerkschaften in Bern eine grosse «Kaufkraft-Demo» durch. Just dieses Thema bearbeitet die SP im Wahlkampf, ihr Spitzenpersonal marschierte denn auch zuvorderst mit. Und doch haben die Gewerkschaften die Ausgaben für den Anlass nicht deklariert.
Streit um die Gewerkschaften
«Unsere Kandidatur hatte nichts mit den Wahlen zu tun», sagt der Sprecher des Gewerkschaftsbunds SGB, Urban Hodel. Der Zeitpunkt sei einzig wegen der Lohnverhandlungen gewählt worden. «Die Demonstration war nicht auf die Wahlen ausgerichtet, sondern auf die sinkende Kaufkraft und Lohnforderungen an die Arbeitgeber und einem dringenden Appell an die Politik, die Arbeitnehmenden nicht im Stich zu lassen.» Bei der Mobilisierung seien klar die Lohnverhandlungen im Fokus gestanden. Die Ausgaben legt der SGB anstandslos offen: 150'000 Franken, bezahlt vom SGB und Travail-Suisse.
Weshalb haben die Gewerkschaften die Ausgaben nicht vorsichtshalber registriert, um auf der sicheren Seite zu stehen? Hodel: «Weil wir es ernst meinen mit unseren Forderungen und nicht wollen, dass sie einfach als Wahlkampf abgetan werden.»
Generell fällt auf, dass die Gewerkschaften keinerlei Ausgaben für die Wahlen angemeldet haben. Wie ist das zu verstehen? Hodel betont, entgegen einem weit verbreiteten Irrtum seien die Gewerkschaften parteipolitisch unabhängig. «Der SGB arbeitet je nach Thema mit allen Parteien, die sich für die Arbeitnehmenden einsetzen, in der Realität ist das meistens die SP.» Der SGB bezahle aber keinen Rappen an Parteien oder Kandidierende. Nicht einmal der Präsident, der SP-Nationalrat Pierre-Yves Maillard, erhalte vom SGB einen Wahlkampfbudget.

Umso aktiver greifen die Gewerkschaften dort ein, wo in der Schweiz Demokratie wirklich weichen gestellt werden: in Abstimmungskämpfen. Auch hier gilt ab 2024 Transparenz. Man darf gespannt sein.

Eine Million für die Grünen – die grössten Einzelspender

Geldgeber	Empfänger	Betrag
Carmita Burkard	UDC	1'000'000
Christoph Böcher	SVP	550'000
Stiftung für bürgerliche Politik, Zug	SVP	500'000
Schweizer Bauernverband	SVP	500'000
Economiesuisse	SVP	500'000
Schweizerischer Gewerbeverband ag	SVP	500'000
Schweizerischer Arbeitgeberverband	SVP	500'000
Walter Frey	FDP	250'000
Koordinationskomitee der Wirtschaftsverbände	FDP/SP	150'000
Verein für lösungsorientierte Politik	SVP	120'000
Unterstützungskomitee Pascal Brühls	Pascal Brühls (FDP)	114'500
Club Bürgerliche 100	SVP Aargau	100'000
Schweizerischer Arbeitgeberverband	FDP	100'000
Lukas Sprüngli	FDP	100'000
Thomas Schindler	FDP	100'000
Magdalena Martula-Bucher	SVP	100'000
Thomas Matter	SVP	100'000
Verein für bürgerliche Politik, Zug	SVP Zug	95'000
Freunde der FDP des Kantons Schwyz	FDP Schwyz	80'000
Breitspacer Schweiz	Freiburger	85'000
1. Gemäss Ankündigung der Grünen	Grüne	802'000

Konrad Stähelin und Patrick Meier

In diesen Tagen wird in der Schweiz eine historische Föderative Region. Die Bevölkerung kann sich erstmals ein Bild darüber verschaffen, welche Akteure am meisten Geld für den Wahlkampf ausgegeben. Bis am 7. September mussten alle Nationalratskandidaten, Parteien und Verbände, die sich mit mehr als 50'000 Franken engagierten, ihre Budgets melden. Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat die Angaben unterdessen fast vollständig und publiziert. Das sind die wichtigsten Erkenntnisse aus den publizierten Angaben:
Die Rechten haben mehr Geld als die Linken. Die Daten bestätigen, was die Linke seit Jahrzehnten behauptet: Die FDP mit knapp 13 Millionen Franken und die SVP mit knapp 12 Millionen haben am Wahlkampf insgesamt deutlich mehr Geld zur Verfügung als die anderen Parteien. Dahinter folgen Die Mitte und die SP mit je rund 7 Millionen und weit dahinter die Grünen, die Grandliberalen und die EVP.

Dies gibt es zu differenzieren: Unter den nationalen Parteien hat die SVP mit knapp 5 Millionen Franken das mit Abstand höchste Spendebudget. Auf Ebene der Kantonsparlamenten haben die SP Zürich (889'000 Franken) und die SP Bern (767'000) am meisten Geld.
Aberdings haben die Parteien unterschiedliche Regeln, wie viel Geld sie zum Beispiel für Kandidierenden verwenden dürfen. Ein Kandidierender scheint eine Gemeinsamkeit über alle Kandidierenden und Parteien sowohl auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene am aussagekräftigsten. Dort liegt die FDP vorne. In viele ihrer Kandidierenden über viele Einzelbudgets verfügen.

— Absolut finden die teuersten Kampagnen in Zürich statt. Kandidierenden sind sieben Kandidat. Das hat ein Preisniveau mit der Grösse des Kantons zu tun, die einem aufwendigen Wahlkampf bedingt – aber

Spitzenplätze für Zürich und Zug

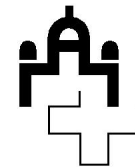
Politikfinanzierung 2023 FDP und SVP leisten sich den teuersten Wahlkampf. Und wer sind die grössten Spender? Die wichtigsten Erkenntnisse zu den Millionenkampagnen im Wahljahr.



Aufwendige Wahlkampf-Inspiration dank dem Porträtvorbild: Die FDP mischte Anfang September das Freiburger Eishockeystadion. Foto: Lucien Bissler, Proximus

Das sind höchsten Wahlkampfbudgets 2023			Wahlkampfbudgets der Parteien und deren Mitglieder		Das sind die grössten Wahlkampf-Spender	
Namen	Kampagnen anderer	Eigenes Budget	in Mio. Fr.	in Mio. Fr.	Angaben in Franken	Betrag
Genäss gesetzlicher Deklarationspflicht, in Franken					Spender	
Donato Platin Scagnavillo (ZH, EVP)	2'872	550'000	12,9		Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich	2'303'312
André Silberstein (ZH, FDP)	24'132	280'000	11,2		Carmita Burkard, Neuchâtel	703'430
Stefan Brühlscher (ZH, FDP)	18'193	260'000	7,1		Schweizerischer Gewerbeverband ag, Bern	573'241
Pascal Brühls (VD, FDP)	164'083	137'000	2,1		Schweizer Bauernverband, Brugg	535'262
Bettina Bahner (ZH, FDP)	20'161	220'000	1,2		Economiesuisse, Zürich	522'416
Marilena Müller (ZH, FDP)	18'130	220'000	1,2		Christoph Bissler, Hertschberg	500'000
Paul Meyer (ZH, SVP)	225'838	200'000	2,8		Stiftung für bürgerliche Politik, Zug	500'000
Marin Farmer (ZH, FDP)	22'110	200'000	1,2		Walter Frey, Kilchenschwil	260'000
Elisabeth Schneider-Scheller (St. Gallen, FDP)	432	200'000	4,1		Philipp Burger, Kilchenschwil	200'000
Jan Althoff von Overbeck (VD, FDP)		204'000			SP Kanton Bern, Bern	197'182

Quelle: www.fkz.ch
Quelle: eigene Berechnung, Datenstand: 1. November 2023



Die NZZ zieht ein sehr positives Fazit für die SVP

Die Fleissigen, die Harmonie-süchtigen und die Streber

Nach Wahlen, die grosse Veränderungen brachten, kommen in der Regel ereignisarme Wahlen, 2019 war das Jahr der Klimawelle, für 2023 zeichnen sich keine grossen Verwerfungen ab



Mit Fleiss und Leidenschaft

Die SVP hat keine neue Erfolgswelle der SVP in den vergangenen vier Jahren. Zwar hat sie die Abstimmung über das CO₂-Gesetz praktisch im Alleingang gewonnen, doch sonst wirkt sie gleich nach dem wichtigen Abstimmungsergebnis. Was ist die Partei an der Wahl geht, ist das Volk ein auf der Gegenpartei. So beim Klimawahl, das Elts für alle oder beim CO₂-Gesetz, bei dem die SVP gleich angegriffen wurde. Die Gegenpartei ist die FDP, die die Partei in der Wahl nicht hat, ging nach und kam nicht. Nur gerade in vier Kantonen ist die Partei im Wahlergebnis gleich gut. Auch parlamentarisch ist die SVP erfolgreich. Mit 128 Sitzen ist sie eine der stärksten Parteien im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Erfolg mit dem Pfister-Minister

Ein Gerhard Pfister ist kein Politiker mehr, sondern ein Marketingguru. Er und seine Partei verhalten sich immer noch politisch. Die Kommission und die Regierung sind politisch. Die Kommission und die Regierung sind politisch. Die Kommission und die Regierung sind politisch.

Wie es auf andere Sicht aussieht, nicht anders. Pfister schwebt vor, mit seiner Partei die Verantwortung für die politischen Missetaten zu übernehmen. Man will die SVP in der Schweiz nicht wieder wählen. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.



Zu viel Harmonie, zu wenig Biss

Umwelt die Bevölkerung weiterhin stark beschützt. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.



Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Freisinnig, demokratisch, eigensinnig

Die FDP ist mit dem Ziel der Wahlkampf gestartet, die SP als zweitstärkster Partei der Schweiz abzubauen. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Stabilisierung auf tiefem Niveau

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.



Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Guter Auftritt, wenig Ideen

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament. Die Partei hat eine gute Bilanz im Parlament.

HSLU Hochschule Luzern

Wirtschaft

Graduiert in Advanced Studies

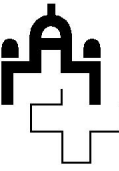
CAS Coaching als Führungskompetenz

Die Weiterbildung für Führungskräfte

Verstärken und vertiefen Sie in der Weiterbildung CAS Coaching als Führungskompetenz, wie Coachingsysteme Ihre Führungskompetenz stärken.

Jetzt anfragen!

Info@hslu.ch



Der Tagesanzeiger sagt der SVP vier Sitzgewinne voraus

Der Nationalrat rutscht bei den Wahlen wieder nach rechts

Prognose Die Ökonomiepartei werden bei den Wahlen Sitze verlieren – aber nicht so viele, wie von manchen erwartet. Auf der Gewinnerseite steht nicht eine Partei allein, sondern mehrere: alle Bürgerlichen und die SP.

Republikaner, Fabian Rens, Markus Härtig, Philipp Leuen, Florent Goussone (Text) und **Daniel Balthas** (Illustration)

Carrozzi, Uziarone-Kling, Energie, Kreise. Heute sind liegen vier Jahre der Exekutive. Wie wählen sich diese Jahreshendelregime politisch auf die Schweiz aus? Wie die Menschen nach diesen Richtungsfragen andere Parteien bevorzugen?

Vier Wochen vor der Nationalratswahl legt diese Redaktion eine Prognose vor. Dabei wurde die Situation in jedem Kanton einzeln analysiert und ermittelt, danach eine nationale Sitzzwangsprognose erstellt. Das hierberichtigte Wahlvergehen, die SP macht mindestens sieben und die Grünen fünf Sitze verlieren. Aber Günter und GLP werden deutlich

gewinnen. Sitze gewinnen, ab wie 2018 gewonnen haben. Damit kommt es am 22. Oktober nicht nur im Nationalrat, sondern auch im Ständerat, werden sich die Parteien im Detail ab.

Alle Umfragen sagen voraus, dass die SVP ihren Wählerstamm verliert. Doch bei den Sitzen wird sie ihren Abstieg von 2019 (minus 12 Sitze) nicht verzeichnen. Gute Nachrichten auf Ständeratsebene hat die Zürcher, Waadtländer, Graubündener und die Kantone Schwyz, Uri, Nidwalden und Obwalden. In diesen Kantonen haben die SVP vier Sitze.

2019 erreichte die SVP mit noch 16,6 Prozent Wählerstimmen ihr schlechtestes Ergebnis. Die Hauptursache waren die Umfragen, die einen erheblichen Verlust an Stimmen an die FDP und die Grünen andeuteten.

Wahlverlust voraus. In diesen Kantonen sind die Chancen aber überdurchschnittlich gut. In den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz sind die Chancen auf zusätzliche Sitze nach dem Wahlvergehen. In den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz sind die Chancen auf zusätzliche Sitze nach dem Wahlvergehen. In den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz sind die Chancen auf zusätzliche Sitze nach dem Wahlvergehen.

Schnappen sich SP oder SVP den zusätzlichen Sitz?

Der Kanton Zürich erhält wegen des Bevölkerungswachstums einen zusätzlichen Sitz. In der Kantonalen Wahl, die im Oktober 2023 stattfindet, werden die Parteien um diesen zusätzlichen Sitz kämpfen. Die SP und die SVP sind die Hauptkandidatinnen für diesen zusätzlichen Sitz. Die SP hat eine gute Chance, diesen Sitz zu gewinnen, während die SVP eine schlechtere Chance hat.

Extreme Linke verliert

Die SP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die extreme Linke in diesen Kantonen.

Genossen in Bedrängnis

Die FDP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die FDP in diesen Kantonen.

SVP vor einem Verlust

Die SVP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die SVP in diesen Kantonen.



SP-Männer dürfen auf ihr Comeback hoffen

Für alle Grünen werden die Wahlen in den nächsten Jahren sehr schwierig sein. Die Grünen müssen sich auf einen erheblichen Verlust an Stimmen und Sitzen einstellen.

Der Fluch des siebten Sitzes

Die FDP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die FDP in diesen Kantonen.

Minus ein Sitz für die Mitte?

Die Mitte verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die Mitte in diesen Kantonen.

Kampf unter Freunden

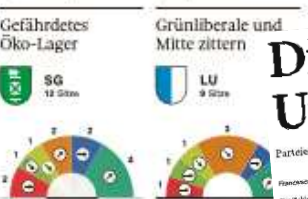
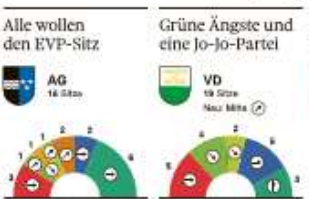
Die SVP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die SVP in diesen Kantonen.

Die Linke versucht es zumindest

Die SP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die SP in diesen Kantonen.

Der Walliser-Fluch

Die SVP verliert Sitze in den Kantonen Uri, Nidwalden, Obwalden und Schwyz. Dies ist ein deutliches Zeichen für den Rückgang der Unterstützung für die SVP in diesen Kantonen.



Die SVP traut den guten Umfragewerten nicht

Parteiexperten warnen: Vor vergangenen nationalen Wahlen lagen die Erhebungen mehrmals falsch.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

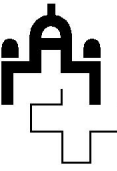
Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.

Basel-Stadt verliert circa Nationalratsmandat in Zürich. Wer im Oktober traurig sein wird: Einwohner der SP sind die GLP. In den letzten beiden Parteien hat die Gefahr anzuwachsen, dass sie einen Sitz verlieren. Geht man nach den Umfragen, droht der SP, Basel-Stadt zu verlieren, während die GLP einen Sitz gewinnen wird.



Guy Parmelin wird eine weitere Legislatur, bis Dezember 2027 im Bundesrat bleiben

Rücktritts-Gerüchte um Parmelin

Demissioniert der SVP-Bundesrat am Freitag? In Bundesbern kursieren entsprechende Gerüchte, doch sie werden dementiert.

Olthmar von Matt

Als Alain Berset (SP) am 21. Juni seinen Rücktritt bekannt gab, dauerte es nicht lange, bis Spekulationen ins Kraut schossen, ob auch Guy Parmelin (SVP) könnte noch vor den Wahlen zurücktreten. Nur zwei Tage später reagierte Parmelin persönlich auf diese Gerüchte. «Um Klarheit zu schaffen, bestätige ich gerne, dass ich in der Winteression 2023 zur Wiederwahl in den Bundesrat ansetze», schrieb er auf X (damals noch Twitter). «Ich bin hoch motiviert!»

Drei Monate später maechen in der Wandelhalle des Bundeshauses erneut Gerüchte die Runde über einen bevorstehenden Rücktritt Parmelins. Diesmal ist sogar von einem konkreten Tag die Rede, an dem die Demission über die Bühne gehen soll - am Freitag nämlich.

Der Freitag ist der letzte Tag der letzten Session der Legislatur 2019 bis 2023. An diesem Tag tagen sowohl Parlament wie Bundesrat. Es ist der letzte Moment für einen ardentlichen Rücktritt als Bundesrat, 24 Tage vor den Nationalratswahlen vom 22. Oktober. Ein Bundesrat kann an diesem Tag sowohl Parlament wie Regierung persönlich über einen Rücktritt informieren, wie es Brauch ist.

Es ist deshalb vom Zeitpunkt her wenig überraschend, dass Spekulationen über einen möglichen Rücktritt von Guy Parmelin wärfäutchen, zumal dieser am 9. November seinen 64. Geburtstag feiert und damit ein



Verkündet Guy Parmelin am Freitag nach acht Jahren seinen Rücktritt? Im Bundeshaus gibt es Gerüchte dazu.

gelistawen. Die Gerüchte besagen aber nicht, Parmelin wolle aus gesundheitlichen Gründen - wegen Rückenproblemen - zurücktreten. Immer wieder sorgte die Gesundheit für Rücktritte von Bundesräten. Zuletzt war es Johann Schneider-Ammann, der 2018 aus gesundheitlichen Gründen demissionierte.

Mehrere Quellen bestätigen, dass Parmelin seit Jahren leichte

sem, die ihn gut kennt. «Und vor allem sind diese Probleme keineswegs so gravierend, dass er sein Amt nicht ausüben könnte.»

Die SVP sagt, sie habe «keinen Hinweis»

Was sagt die SVP zu den Gerüchten? «Ich habe keinen Hinweis darauf, dass Guy Parmelin zurücktreten wird», betont Präsident Marco Chiesa. «Ich bin in den letzten Monaten oft mit ihm

wätte die SVP nicht ein Interesse, ihren Wahlkampf mit einem Bundesratsrücktritt in den letzten 24 Tagen nochmals anzukurbeln? Vor drei Jahren hatte ein hochrangiger SVP-Vertreter vertraulich davon gesprochen, die Partei wolle einen Bundesratsrücktritt in der Mitte der Legislatur und einen zweiten kurz vor Ende der Legislatur. Ueli Maurer trat dann tatsächlich am 30. September 2022 zurück, ein bisschen nach Mitte Legislatur

«Ich frage mich, wer der Urheber dieser unbegründeten Gerüchte ist.»

Marco Chiesa
SVP-Präsident

Chiesa meint ein Interesse seiner Partei an einem Rücktritt. Er wunderte sich, woher diese Spekulationen kommen. «Ich frage mich, wer der Urheber dieser unbegründeten Gerüchte ist», sagt er. «Ich habe sie für ein Ablenkungsmanöver, um von Themen wie dem Chaos im Asylbereich, der unkontrollierten Masseneinwanderung, der steigenden Kriminalität und der immer teureren und unsicherer werdenden Energieversorgung abzulenken.»

Die SVP hat aber auch aus anderen Gründen eher kein Interesse daran, dass Parmelin so kurz vor den Wahlen zurücktritt, wie Insider sagen: Sie will nicht «lokieren, seinen Sitz bei den Bestätigungswahlen am 13. Dezember zu verlieren. Träte Parmelin am Freitag zurück, würde sein Nachfolger nach den sechs anderen Bundesräten gewählt, und die Tür geöff-

Direkte Retoufkorschen wären nicht mehr möglich.

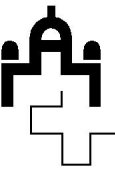
Jean-Pierre Grin wäre «sehr überrascht»

Nationalrat Jean-Pierre Grin ist 76 Jahre alt und sitzt seit 16 Jahren im Nationalrat. Er ist Waadtländer und Bauer, genauso wie Guy Parmelin. Die beiden kennen sich gut. Grin sass am Montag ab 14.15 Uhr bei Parmelin im Büro. «Parmelin ist in bester Verfassung und sehr motiviert, seine Arbeit als Bundesrat fortzuführen», sagt er. «Wir haben unter anderem über das Budget 2024 gesprochen. Für mich wäre es wirklich eine sehr grosse Überraschung, träte er so Freitag zurück.»

Auch im Wirtschaftsdepartement deutet zurzeit nichts auf einen Rücktritt hin, wie Rechtschreiben zeigen, zumal hinter den Kulissen bereits die neue Legislatur vorbereitet wird. 2026 soll Parmelin, zum Abschluss seiner Karriere, nochmals Bundespräsident werden - wie schon 2021.

Und was sagt Guy Parmelin selbst? Am Mittwochmorgen war er live in der Morgensendung «La Matinale» von Radio RTS zu hören. «Treten Sie nochmals an für die neue Legislatur, Herr Parmelin?», wollte der Moderator wissen. «Natürlich, vorausgesetzt das Parlament wählt mich am 13. Dezember», sagte dieser. Der Moderator insistierte: «Und wenn Sie gewählt werden? Bleiben Sie dann vier Jahre?» Parmelin: «Absolut.»

Die Bundesratsgeschichte hat aber auch eines tristeren wieder gezeigt: Bundesräte haben ihren Rücktritt bis zum letzten Moment gehalten - selbst gegen-



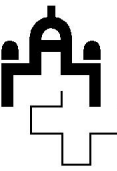
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (1/17): Steuerpolitik I

Linksgrün will keine höheren Steuerabzüge für Explodierende Krankenkassenprämien

Linksgrün will keinen Abzug der Gesundheitskosten bei den Steuern

Steuerbefreiung von Entschädigungen an Miliz-Einsatzkräfte im Rettungswesen

- Mit der vorgeschlagenen Gesetzesänderung (22.053) setzte der Bundesrat eine vom Parlament überwiesene Motion des Waadtländer SVP-Nationalrats Jean-Pierre Grin um. Vorgesehen war, den maximalen Abzug für Versicherungsprämien und Zinsen von Sparkapitalien für Alleinstehende von 1'800 auf 3'000 Franken zu erhöhen. Für Ehepaare sollte neu ein Pauschalabzug von 6'000 statt 3'600 Franken möglich sein und für Kinder oder unterstützungsbedürftige Personen neu einer von 1'200 statt 700 Franken. Nachdem der Ständerat bereits nicht auf die Vorlage eingetreten war, trat der Nationalrat mit 103 zu 72 Stimmen bei 8 Enthaltungen nicht auf die Vorlage. Die anderen Parteien, ausser SVP und FDP, machen damit nichts zur Entlastung der Prämienzahler
- Nur die SVP und die FDP unterstützen einen vollen Steuerabzug der von den Steuerpflichtigen getragenen Krankheits- und Unfallkosten. Damit gab der Nationalrat zwei parlamentarischen Initiativen von SVP-Nationalrätin Céline Amaudruz (21.475, 21.460) mit 100 zu 73 bei 4 Enthaltungen keine Folge. Die obsiegende linksgrüne Mehrheit und die Mitte argumentierten, Steuersenkungen würden die Gesundheitskosten nicht senken. Zudem wurden Mindereinnahmen von 200 Mio. Franken bei der direkten Bundessteuer und 1 Mia. bei den Einkommenssteuern befürchtet.
- Die Mehrheit des Nationalrats, darunter SVP und FDP, unterstreicht das wichtige Engagement und die Arbeit nicht festangestellter Einsatzkräfte im präklinischen Rettungswesen. Diese Mehrheit unterstützte auch die damit verbundene Forderung, die Entschädigungen an diese Einsatzkräfte nicht der Einkommenssteuer zu unterstellen. Mit 95 zu 92 Stimmen bei 2 Enthaltungen nahm die grosse Kammer die Motion (23.3139) an. Als nächstes befindet der Ständerat darüber.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (2/17): Steuerpolitik II

**Keine steuerliche
Entlastung von
AHV- und IV-
Bezügern**

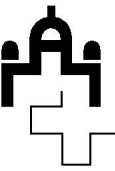
- Eine Motion von SVP-Nationalrat Piero Marchesi (23.3052) fordert, dass AHV- und IV-Renten gemäss des Vorbildes des Kantons Tessin steuerlich entlastet werden sollen. Damit sollte die steigende Belastung der Rentner in der Schweiz gelindert werden. Der Bundesrat verwies in seinem Antrag auf Ablehnung aber darauf, dass dies nur wenigen Personen zu Gute kommen würde. Die Mitte-Links Mehrheit des Nationalrates war ebenfalls nicht der Auffassung, dass AHV- und IV-Bezüger steuerlich entlastet werden sollen, und lehnte die Motion mit 132 zu 55 Stimmen bei 5 Enthaltungen ab. Die Motion ist somit erledigt.

**Steuerabzüge
für Dach-
begrünungen**

- Eine Motion (23.3162) forderte die Möglichkeit auf kantonaler Ebene Steuerabzüge für Dach- und Fassadenbegrünungen vorzusehen. Die Forderung einen solchen Steuerabzug zuzulassen, war unabhängig der Motivation der Motionärin, einen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten, weitgehend unbestritten. Die Motion wurde mit 162 gegen 9 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Als nächstes berät der Ständerat die Motion.

**Personen-
bezogene
Gesellschaften
tiefer besteuern**

- Die grosse Kammer unterstützt das Anliegen (23.3961) personenbezogene KMU angemessener zu besteuern mit 118 zu 68 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Dabei soll bei der Bemessung der Vermögensteuer eine Bewertung nach dem Substanzwert des Unternehmens erfolgen. Bei kleineren Unternehmen ist es heute so, dass der theoretische Verkehrswert des Unternehmens oft nicht dem tatsächlichen Marktwert entspricht, sondern eine Überbesteuerung darstellt. Der Ständerat wird als nächstes die Motion beraten.



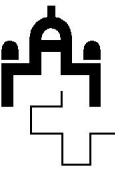
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (3/17): Landwirtschaftspolitik

**Verschiebung
Einführung 3.5%
Biodiversitäts-
förderfläche auf
2025**

**RAUS-
Programm:
Laufhof statt
Weidegang muss
möglich sein**

**Schneckenzucht
zählt neu zur
Landwirtschaft**

- Eine Motion von SVP-Ständerätin Esther Friedli (23.3846) forderte den Bundesrat auf, die geplante Einführung der Anforderung von 3.5 Prozent Biodiversitätsfläche im Ackerbau um ein Jahr auf den 1. Januar 2025 zu verschieben. Die Verschiebung führe zu einer besseren Akzeptanz und eine effizientere Umsetzung der Massnahme. Die Motionärin konnte auch auf die Unterstützung von Bio Suisse und den Bauern Verband zählen. Mit 30 zu 9 Stimmen wurde die Motion angenommen. Sie wird nun vom Nationalrat behandelt.
- Heute muss das Vieh vom 1. Mai bis zum 31. Oktober auf die Weide. Dies sagen die gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Direktzahlungen. Der SVP-Nationalrat Erich von Siebenthal argumentierte erfolgreich, dass diese Forderung in den Bergzonen nicht konsequent umgesetzt werden kann. Seine Motion (22.3216) fordert deshalb, dass die spezifischen Anforderungen in Anhang 6 Ziffer 2.1 der Direktzahlungsverordnung (DZV) betreffend Weidezeitpunkt für das RAUS-Programm ab Bergzone I so anzupassen sind, dass, wenn vegetationsbedingt im Mai und Oktober kein Weidegang möglich ist. Darum sollen die Bestimmungen von RAUS, das heisst 13 Mal Laufhof pro Monat, anteilmässig zu erfüllen sein. Die Motion wurde mit 105 zu 74 bei 11 Enthaltungen angenommen. Als nächstes ist der Ständerat an der Reihe.
- Die Motion (21.4467) verlangt, dass die Schneckenzucht neu zur Landwirtschaft zählt und die Schnecken als Nutztiere gelten. Mit 146 zu 31 Stimmen bei 13 Enthaltungen unterstützte die grosse Kammer dieses Anliegen. Damit würde die Diversifizierung der Landwirtschaft gefördert. Als nächstes entscheidet der Ständerat. Bislang ist die Schneckenzucht in der Landwirtschaftszone nicht erlaubt, weil die Schnecken nicht als Nutztiere gelten.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (4/17):

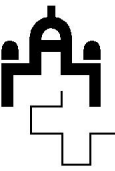
Wirtschaftspolitik I

**Unternehmens-
entlastungs-
gesetz bringt
Erleichterungen
für KMU**

**Standort-
förderung
2024-2027**

**Massnahmen-
paket für
strompreis-
gebeutelte
Stahlindustrie**

- In beiden Räten war das Unternehmensentlastungsgesetz in der Schlussabstimmung unbestritten (22.082). Damit wird die Motion von Nationalrätin Sandra Sollberger umgesetzt, welche eine Reduktion der Regulierungsbelastung für Unternehmen forderte. Nun müssen Regulierungen systematisch auf Entlastungspotential überprüft und die Regulierungskosten für die Unternehmen transparenter ausgewiesen werden. Beide Räte einigten sich darauf, diese Evaluationen nur auf Unternehmen anzuwenden und nicht auf Private auszudehnen. Zudem wird keine neue unabhängige Behörde für die Evaluierung der Regulierungskosten geschaffen. Die Bundesverwaltung führt die Evaluierung somit selbst durch.
- Die Standortförderung 2024-2027 (23.028) beinhaltet sechs Finanzierungsbeschlüsse zur Finanzierung der Standortpromotion, der Exportförderung, von Innotour, der E-Government-Aktivitäten zugunsten der KMU, der Finanzhilfe an Schweiz Tourismus und der Einlage in den Fonds für Regionalentwicklung in der Höhe von insgesamt 646,13 Millionen Franken, sowie einen Bundesbeschluss über die Festlegung des Mehrjahresprogramms 2024-2031 zur Umsetzung der Neuen Regionalpolitik. Die kleine Kammer und der Nationalrat einigten sich, den Betrag nicht zu erhöhen.
- Die Energiesubventionen der EU zu Gunsten ihrer Stahlindustrie schafft einen beträchtlichen Wettbewerbsnachteil für die Schweizer Stahlunternehmen. Nach dem Ständerat nahm der Nationalrat mit 119 zu 56 Stimmen bei 14 Enthaltungen das Anliegen auf. Die Befürworter der Motion argumentierten erfolgreich, dass dem hohen Energiekonsum der Stahlindustrie, die Verwertung von 100 Prozent Schweizer Schrott sowie der generell strategischen Bedeutung der Industrie Rechnung zu tragen sei.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (5/17):

Wirtschaftspolitik II

Vereinfachtes
Verfahren zur
Vernichtung von
Kleinsendungen

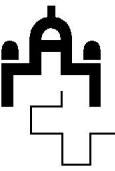
- Der Nationalrat nimmt einstimmig ein Bundesgesetz (22.021) an, das ein vereinfachtes Verfahren zur Vernichtung von kleinen Postsendungen einführt. Aufgrund der Zunahme von internationalen Sendungen (100'000 Pakete kommen täglich in der Schweiz an) werden viele gefälschte Artikel am Zoll beschlagnahmt. In der überwiegenden Mehrheit der Fälle wusste der Käufer nichts davon und stimmt der Vernichtung zu. Daher soll das Verfahren zur Vernichtung von gefälschten Produkten vereinfacht werden, um die heute hohen Kosten zu begrenzen. Im Falle eines Widerspruchs des Käufers kann das bisherige Verfahren weiterlaufen.

Nationalrat
verwirft 35-
Stunden-Woche

- Der Nationalrat lehnt mit 123 zu 65 Stimmen bei einer Enthaltung die allgemeine Einführung der 35-Stunden-Woche ab (21.4642, 21.4644). Obwohl diese Vorgehensweise im benachbarten Frankreich kläglich gescheitert ist, wollte die Linke damit die Anzahl der Arbeitsstunden für einen vollen Lohn drastisch senken. Bereits wurden identische Vorstösse im Juni 2023 abgelehnt, was die Linke nicht davon abhielt, dieses Anliegen für einen populistischen Wahlkampf zu nutzen.

Bund soll
Ausstieg aus der
Prostitution
erleichtern

- Der Nationalrat möchte das Angebot an Begleitprogrammen für Personen, die aus der Prostitution aussteigen, ausbauen. Die SVP lehnte den Antrag ab, da es schwierig nachzuvollziehen ist, weshalb diese Personen durch ein Bundesprogramm angesprochen werden sollten. Nach der Annahme mit 190 zu 75 Stimmen bei 5 Enthaltungen geht das Geschäft (22.3980) in den Ständerat.



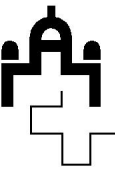
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (6/17): Aussenpolitik I

Schweizer EU-Kooperation soll sich nach EU-Finanzplanung richten

Nationalrat schafft APK-N-Subkommission für EU-Entwicklungen

Völkerrechtliche Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine

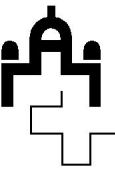
- Nachdem die EU ihren regelmässigen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) präsentiert, soll der Bundesrat der Bundesversammlung einen Planungsbericht unterbreiten, der erklärt, wie die zukünftige Kooperation der Schweiz und der EU aussehen soll. Dabei soll die Mehrjahresstrategie der Schweiz sich nur noch nach den Faktoren der EU richten. Einzig die SVP stellte sich gegen diesen Vorschlag. Der Nationalrat nahm die neue Regelung mit 131 zu 45 Stimmen (alle SVP) bei 1 Enthaltung an. Das Geschäft (20.496 „Planungsbericht über die Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen ausserhalb des Marktzugangs“) geht nun an den Ständerat.
- Die APK-N möchte eine ständige Subkommission für Europafragen einrichten. Diese soll die wichtigsten Rechtsentwicklungen der EU, welche für die Schweiz relevant sind, verfolgen. Unter fadenscheinigen Gründen soll bei der Besetzung dieser Kommission vom normalen Verteilschlüssel abgewichen werden – jede Partei soll einen Sitz bekommen. Damit wird die Wählerstärke der SVP nicht adäquat repräsentiert. Der Nationalrat stimmte am Ende jedoch mit 108 zu 68 Stimmen für die Einrichtung der Subkommission (23.446).
- Vertreter aller Parteien (ausser SVP) fordern, dass der Bundesrat Grundlagen für Reparationszahlungen an die Ukraine definiert (23.3264, 23.3265, 23.3266, 23.3267, 23.3268). Konkret sollen russische Gelder, die in der Schweiz deponiert sind, für den Wiederaufbau konfisziert werden dürfen. Die SVP argumentierte vergebens, dass dieses Vorgehen rechtstaatlich und völkerrechtlich nicht angebracht wäre, weil dadurch die individuellen Eigentumsrechte in der Schweiz nicht mehr garantiert wären. Die SVP unterlag mit 123 zu 54 (47 SVP) Stimmen. Die Motionen gehen nun in den Ständerat.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (7/17): Aussenpolitik II

Aufnahme von Gesprächen für einen EWR- Beitritt

- Der Nationalrat zeigt einmal mehr, dass sein Kompass in der Europapolitik aus dem Lot geraten ist. Mit 94 zu 92 Stimmen bei 4 Enthaltungen nimmt er eine Motion (21.4457) an, welche die Aufnahme von Gesprächen über einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) verlangt. Nicht nur, dass diese Lösung 1992 vom Volk ausdrücklich abgelehnt worden war. Die Entscheidung des Nationalrats trägt zur Verwirrung der europäischen Diplomaten bei und schwächt die Verhandlungsposition der Schweiz: Während der Bundesrat gerade die Grundzüge des neuen Verhandlungsmandats vorgestellt hat, welche die negativen Auswirkungen der automatischen Übernahme von EU-Recht und die Beeinträchtigung der Schweizer Souveränität begrenzen soll, trägt die Entscheidung des Parlaments zur Verwirrung bei und verleiht den EU-Unterhändlern, die der Schweiz ihr Recht aufzwingen wollen, Rückenwind. Denn ein Beitritt zum EWR würde alle Nachteile zusammenfassen, die vor zwei Jahren mit dem Rahmenabkommen abgelehnt wurden: Übernahme von EU-Recht, Unterwerfung unter die Gerichte der EU, jährlich zu zahlende Marktzutrittsprämie, Unionsbürgerschaft, Zustrom in die Schweizer Sozialwerke etc. Die Motion geht nun an den Ständerat.



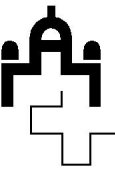
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (8/17): Verkehrspolitik

**Zahlungsrahmen
Nationalstrassen
2024-2027:
Ausbauschnitt
2023**

**Autobahn A1 auf
sechs Spuren
ausbauen**

**Keine
Autobahngebühr
für Alpentunnel
für ausländische
Autos**

- Der Nationalrat stimmte dem Zahlungsrahmen von 8,8 Milliarden Franken für den Unterhalt und Betrieb der Nationalstrassen für die Periode 2024 bis 2027 bereits in der Sommersession 2023 zu (23.032). Gleichzeitig hat er 4 Milliarden Franken für den Ausbauschnitt 2023 genehmigt. Darin sind mehrere Engpassbeseitigungen auf dem bestehenden Nationalstrassennetz enthalten. Der Ständerat stimmte der Vorlage nun ebenfalls zu und hat zusammen mit dem Nationalrat zusätzlich beschlossen, dass das Projekt Le Vengeron-Coppet-Nyon (6-Streifen-Ausbau) in der Westschweiz bis spätestens Ende Jahr vom Bundesrat genehmigt werden muss.
- SVP-Nationalrat Erich Hess fordert in seiner Motion, dass die Autobahn A1 auf den Streckenabschnitten Bern-Zürich und Lausanne-Genf auf mindestens sechs Spuren ausgebaut wird. Die stetige Zunahme der Staustunden, welche die Wirtschaft jährlich Milliarden kosten, machen den Ausbau der in den Sechziger-Jahren gebauten A1 unumgänglich. Der Bundesrat empfiehlt die Vorlage erfreulicherweise zur Annahme. Nachdem der Vorstoss (23.3346) von Links bekämpft wurde, hat ihn der Nationalrat nun mit 94 zu 87 Stimmen angenommen. Die Motion geht nun an den Ständerat.
- SVP-Ständerat Marco Chiesa wollte den Bundesrat beauftragen, einen Gesetzesentwurf zur Einführung einer Autobahngebühr für die Durchfahrt durch stark ausgelastete Alpentunnel vorzulegen. Dieser Gebühr sollten Fahrzeuge bis zu einem Gesamtgewicht von 3,5 Tonnen unterstellt werden. Für in der Schweiz zugelassene Fahrzeuge wäre aber ein Kostenausgleich vorgesehen gewesen. Der Bundesrat lehnte den Vorstoss (23.3613) ab und der Ständerat hat ihn nun mit 15 zu 8 Stimmen bei 13 Enthaltungen versenkt. Die Motion ist nun vom Tisch.



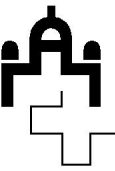
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (9/17): Energiepolitik

**Keine Stärkung
Langzeitbetrieb
bestehender
KKWs**

**Doch kein
Verzicht auf den
Ausstieg aus der
Kernenergie**

**Keine Statistik
zum Pro-Kopf-
Energie-
verbrauch**

- Der Nationalrat hat eine Motion der SVP (21.4363) abgelehnt, welche forderte, alle Massnahmen und gesetzlichen Anpassungen vorzunehmen, um den wirtschaftlichen und sicheren Langzeitbetrieb der bestehenden Schweizer Kernkraftwerke zu ermöglichen. Schlussendlich wurde das Anliegen mit 99 zu 81 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt und ist somit vom Tisch.
- Der Nationalrat hat mit 122 zu 55 Stimmen bei 7 Enthaltungen eine Motion von Quadri Lorenzo (Lega die Ticinesi) abgelehnt, welche den Bundesrat beauftragen wollte, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der den Verzicht auf den Ausstieg aus der Kernenergie vorsieht und die Erhöhung der Wasserkraftproduktion begünstigt. Alleine die SVP-Fraktion unterstütze das Anliegen, die FDP Fraktion lehnte die Motion ab. Die Motion (21.4557) ist somit vom Tisch.
- Der NR hat eine Motion (22.3025) von Mike Egger (SVP) mit 138 zu 54 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt, welche möchte, dass der Bundesrat in den Statistiken auch jeweils den Pro-Kopf-Verbrauch aufführt. Die offiziellen Statistiken zum Energieverbrauch oder auch zum Treibhausgasausstoss der Schweiz zeigen ein unvollständiges Bild, da sie den Fokus auf die Entwicklung des Gesamtverbrauchs bzw. der Gesamtemissionen legen und damit die Pro-Kopf-Werte entsprechend vernachlässigen. Für das Monitoring der Wirksamkeit der Massnahmen zur Senkung des Verbrauchs und der Emissionen sind eben auch die Pro-Kopf-Werte entscheidend, zumal diese Grösse für die Bevölkerung verständlicher und motivierender ist als das Total der gesamtschweizerischen Entwicklung. Die Motion ist nun vom Tisch.



Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (10/17):

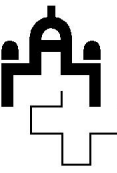
Umweltpolitik I

Neuaufgabe des CO₂-Gesetzes

- Der Ständerat stellt sich grundsätzlich hinter die Neuaufgabe des CO₂-Gesetzes (22.061), zeigt sich aber mit seinen bisherigen Beschlüssen weniger ehrgeizig als seine vorbereitende Kommission. Das revidierte CO₂-Gesetz für die Zeit nach 2024 soll im Sinne des Klimaübereinkommens von Paris das Netto-Null Ziel bis 2050 in der Schweiz umsetzen. Treibhausgas-Reduktionsziele soll die Schweiz nach dem Willen des Ständerates zu rund zwei Dritteln im Inland erreichen. Das entspräche etwa 34 Prozent Reduktion bis 2030 gegenüber 1990. Der Ständerat entschied, dass ab 2030 neu zugelassene Autos noch 45 Prozent der Treibhausgas-Emissionen von 2021 ausstossen dürfen. Auch geflogen werden soll in Zukunft zurückhaltender. Der Ständerat bewilligte eine Beimischquote für erneuerbare Flugtreibstoffe. Weiter beschloss der Rat, dass zukünftig auf den Flugtickets die CO₂-Emissionen angegeben werden müssen. Die Vorlage geht nun in den Nationalrat.

Ja zum indirekten Gegenvorschlag zur Biodiversitäts- initiative

- Der Nationalrat sagt als Erstrat Ja zum indirekten Gegenvorschlag (22.025) zur Biodiversitätsinitiative. Das Volksbegehren selbst empfiehlt er zur Ablehnung. Konkrete Flächenziele hat er aus der Vorlage gestrichen. Er setzt auf einen qualitativen Ansatz. In der Gesamtabstimmung hat sie der Änderung des Bundesgesetzes über den Natur- und Heimatschutz und damit zusammenhängenden Erlassen mit 104 zu 83 Stimmen bei 5 Enthaltungen zugestimmt. Sie bilden die Grundlage für den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates. Abgelehnt wurde dieser Gegenvorschlag von der SVP und teilweise auch von Mitgliedern der Mitte und der FDP. Die Volksinitiative empfiehlt der Nationalrat dagegen mit 101 zu 72 Stimmen bei 19 Enthaltungen zur Ablehnung. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.



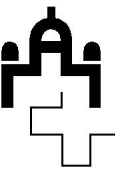
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (11/17):

Umweltpolitik II

Ja zum
Raumplanungs-
gesetz.
Teilrevision. 2.
Etappe

Lockerung
Zweitwohnungs-
Beschränkungen

- Das Parlament regelt das Bauen ausserhalb von Bauzonen neu und setzt ein Stabilisierungsziel für Bauten ausserhalb von Baugebieten. Der Nationalrat hat sich bei den letzten Differenzen dem Ständerat angeschlossen. Nicht an einen Standort gebundene Nutzungen ausserhalb von Baugebieten, die der wirtschaftlichen Entwicklung zugutekommen, sind damit grundsätzlich überall im Land möglich. Auch auf Vorgaben für das Montieren von Mobilfunkantennen ausserhalb von Bauzonen haben sich die Räte geeinigt. Die Vorlage ist nach dem Willen des Parlaments der **indirekte Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative (18.077)**. Diese will die Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet in der Verfassung verankern. Bund und Kantone sollen dafür sorgen, dass ausserhalb von Bauzonen die Zahl der Gebäude und von diesen beanspruchte Flächen nicht zunehmen. Herzstück ist ein Stabilisierungsziel: Die Kantone müssen im Richtplan festlegen, wie sie ausserhalb der Bauzone die Zahl der Gebäude und das Ausmass der Versiegelung stabil halten wollen. Sie müssen dem Bund regelmässig Bericht erstatten und falls nötig Anpassungen vornehmen. Dass nicht mehr genutzte Bauten aus der Landschaft verschwinden, wollen die Räte mit Anreizen erreichen (Abbruchprämie). Beide Räte nahmen das Geschäft in der der Schlussabstimmung einstimmig an.
- Mit 105 zu 80 Stimmen bei 8 Enthaltungen hiess der Nationalrat eine Vorlage (20.456) gut. Gemeinden mit über zwanzig Prozent Zweitwohnungen sollen altrechtliche Wohnhäuser leichter umbauen und neu nutzen können. Konkret geht es um Gebäude, die vor dem Ja zur Zweitwohnungsinitiative im März 2012 gebaut worden sind. Ein altrechtlich erstelltes Wohnhaus soll gemäss Vorlage vergrössert und neu auch unterteilt werden können. Die Vorlage geht nun an den Ständerat.

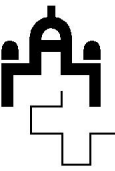


Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (12/17): Finanzpolitik

**Nein zur
Aufhebung des
Kündigungsschutzes im
Bundespersonal-
recht**

**Einführung eines
Finanz-
referendums
abgelehnt**

- Der Fraktionsvorstoss der SVP forderte den Bundesrat auf, das Bundespersonalrecht dahingehend anzupassen, dass der Kündigungsschutz des Bundespersonals die Mindestanforderungen des Obligationenrechts nicht übersteigt. Die Vorlage wurde vom Nationalrat mit 123 zu 55 Stimmen bei 14 Enthaltungen versenkt. Die Motion (22.3962) ist nun vom Tisch.
- Ein weiterer Fraktionsvorstoss der SVP zum Bundespersonal forderte den Bundesrat auf, das Bundespersonalgesetz (BPG) vom 24. März 2000 aufzuheben und sich in Zukunft für die Arbeitsverträge des Bundespersonals auf das Obligationenrecht zu stützen. Die Vorlage (22.3963) wurde vom Nationalrat mit 130 zu 51 Stimmen bei 10 Enthaltungen ebenfalls versenkt. Damit ist sie erledigt.
- Die SVP-Fraktion forderte die Einführung eines Finanzreferendums (22.3965). Dazu wurde eine Änderung des Parlamentsgesetzes und des Finanzhaushaltgesetzes beantragt, um das fakultative Referendum auf Bundesbeschlüsse über Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen auszudehnen, die neue einmalige oder wiederkehrende Ausgaben ab einer bestimmten Höhe nach sich ziehen. Die Vorlage wurde vom Nationalrat mit 117 zu 72 Stimmen bei 3 Enthaltungen verworfen.



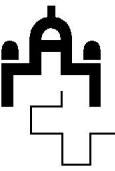
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (13/17): Gesundheitspolitik

**Prämien-
Entlastungs-
Initiative
(Maximal 10%
des Einkommens
für die Kranken-
kassenprämien)**

- Eine Initiative der SP verlangt, dass keine versicherte Person mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung bezahlen muss. Um dies zu erreichen, sollen Bund und Kantone mehr zur Prämienverbilligung beitragen. Insgesamt würde die Initiative Mehrkosten in Höhe von 4.5 Milliarden Franken verursachen. Der Bund soll mindestens zwei Drittel der Kosten tragen, die Kantone den Rest. Bundesrat und beide Kammern lehnen die Initiative ab und stellen ihr einen Gegenvorschlag gegenüber. Die Aushandlung dieses Gegenvorschlags ist nun abgeschlossen. Insgesamt einigten sich beide Räte im Gegenvorschlag für Prämienverbilligungen, die Mehrkosten in Höhe von 356 Millionen Franken verursachen. Die Kantone werden weiterhin die Kompetenz für die Berechnung der Prämienverbilligungen behalten. Neu sollen aber abhängig von der Prämienlast zwischen 3.5 und 7.5% der kantonalen Bruttokosten in die Prämienverbilligung aufwenden (21.063).

**Kostenbremse-
Initiative**

- Das Parlament hat sich auf einen Gegenvorschlag zur Kostenbremse-Initiative der Mitte (21.067) geeinigt. Beide Räte entschieden sich gegen die Initiative und für einen Gegenvorschlag. Der Gegenvorschlag sieht im Kern die Einführung von Kosten- und Qualitätszielen für das Gesundheitswesen vor. Der Bundesrat soll alle vier Jahre Vorgaben für die Leistungen gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung festlegen. Für den Fall, dass Ziele nicht erreicht werden, macht er aber keine Vorgaben. Weiter soll der Bundesrat zusätzliche subsidiäre Kompetenzen bei den Tarifen für stationäre Behandlungen erhalten. Konkret wird gesetzlich verankert, dass der Bundesrat Anpassungen an den Tarifstrukturen vornehmen kann, wenn sie sich als nicht mehr sachgerecht erweisen und sich die Parteien nicht auf eine Revision einigen können.



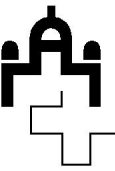
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (14/17): Sicherheitspolitik

**Armeebotschaft
2023**

**Ehem.
Munitionslager in
Mitholz wird
definitiv geräumt**

**Keine
Verteuerung der
Munition**

- Der Nationalrat fordert in einer Anpassung der Armeebotschaft (23.025), dass 25 eingelagerte Kampfpanzer des Typs Leopard-2 ausser Dienst gestellt werden und an die Herstellerfirma zurückverkauft werden sollen. Ein Antrag der SVP, dass auf die Ausserdienststellung verzichtet wird, weil das die Sicherheit der Schweiz gefährden würde, wurde mit 25 zu 15 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der die Wiederindienststellung und Aufrüstung aller verbleibenden Kampfpanzer forderte, wurde ebenfalls abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde die Armeebotschaft vom Ständerat mit 38 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.
- Der Bundesrat möchte das ehemalige Munitionslager in Mitholz von jeglichen Munitionsrückständen räumen (22.074). Dazu will er insgesamt 2,59 Milliarden Franken sprechen. Das Geld wird für die Räumung der Anlage, die Errichtung von Schutzbauten entlang der Nationalstrassen, Massnahmen gegen Naturgefahren und die Vernichtung der Munition verwendet. Die Räumung soll über 4 Phasen gehen und über mehrere Jahre hinweg erfolgen. Auch der Ständerat gab nun einstimmig mit 39 Stimmen und 3 Enthaltungen grünes Licht für die Räumung des Munitionslagers.
- SVP-Ständerat Werner Salzmann will keine Verteuerung der Munition für Sportschützen. Die Motion ist eine Reaktion auf die Pläne des Bundesrates, welcher möchte, dass sich die Preise für die Gewehrpatrone 11 verdoppeln, um damit Sportschützen zu ermutigen auf das aktuelle Sturmgewehr 90 umzusteigen, welches mit einer anderen Gewehrpatrone schießt. Mit diesem Vorschlag untergräbt der Bundesrat die Schiesstradition der Schweiz. Der Ständerat stimmte der Motion mit 28 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen zu. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.



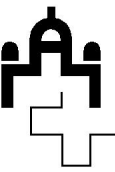
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (15/17): Staatspolitik I

**Bundesgesetz
über das
Gesichts-
verhüllungs-
verbot**

**Keine
Regulierungs-
bremse**

**Zum 7. Mal kein
Verordnungsveto**

- In der Schweiz wird es künftig verboten sein, sein Gesicht zu verhüllen. Nachdem der Ständerat das entsprechende Bundesgesetz (22.065) in der Sommersession angenommen hatte, schloss sich der Nationalrat der Vorlage unverändert an. Zwar setzte sich Walter Wobmann (SVP/SO) vergeblich dafür ein, die geplante gesetzliche Ausnahme für Demonstrationen aufzuheben. Dennoch ist die Annahme des Bundesgesetzes ein Erfolg für die SVP, die den entsprechenden Verfassungsartikel in der eidgenössischen Abstimmung unterstützt hatte. Im Ständerat wurde die Vorlage in der Schlussabstimmung mit 35 zu 4 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen und im Nationalrat mit 163 zu 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen.
- Die Vorlage (22.083) hätte eine Regulierungsbremse für Unternehmen eingeführt. Die Grundidee dahinter ist, dass Erlasse, die Unternehmen stark belasten, einem qualifizierten Mehr unterstellt werden sollten. Nachdem der Ständerat bereits in der Sommersession nicht darauf eingetreten ist, folgte ihm auch der Nationalrat. Die grosse Kammer verwirft die notwendige Änderung des Parlamentsgesetzes und der Bundesverfassung mit 96 zu 89 bei 1 Stimme respektive mit 95 zu 92 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- Das Parlament wird vorerst kein Veto gegen Verordnungen des Bundesrates einlegen können (21.431). Vergeblich stellte Marco Chiesa (SVP/TI) klar, dass dieser aussergewöhnliche Mechanismus darauf abzielt, den Geist des vom Gesetzgeber beschlossenen Gesetzes zu respektieren. Mit 25 zu 5 Stimmen bei 3 Enthaltungen gab der Ständerat dieser parlamentarischen Initiative keine Folge und somit dieser langjährigen Forderung des Nationalrats einen Korb.



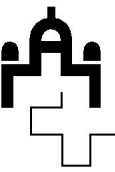
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (16/17): Staatspolitik II

Politische
Sitzungen
während
Mutterschafts-
urlaub

Kein Feiertag am
12. September

Volksinitiative
«Für Freiheit und
körperliche
Unversehrtheit»

- Parlamentarierinnen, die sich im Mutterschaftsurlaub befinden, können an den Sitzungen des Parlaments teilnehmen, ohne ihren Anspruch auf Mutterschaftsgeld zu verlieren. Die beiden Kammern einigten sich während der Sitzung auf die Einzelheiten des Erlasses. In der Schlussabstimmung wurde das Geschäft im Nationalrat mit 152 zu 41 Stimmen bei 3 Enthaltungen und im Ständerat mit 37 zu 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen (19.311, 20.313, 20.323, 21.311).
- Während der Nationalrat gegen den Willen der SVP eine Motion (21.4075) für die Einführung eines neuen Feiertags am 12. September zu Ehren der Annahme der Bundesverfassung angenommen hatte, lehnte der Ständerat diesen Antrag oppositionslos. In der Schweiz legen die Kantone die Feiertage fest, mit Ausnahme des 1. Augusts. Dieser wurde in einer Volksabstimmung als solcher angenommen.
- Beide Räte empfehlen in der Schlussabstimmung die Volksinitiative "Für körperliche Unversehrtheit und Freiheit" ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Der Ständerat tat dies einstimmig, der Nationalrat mit 145 zu 49 Stimmen bei 1 Enthaltung. Nur die SVP opponierte gegen diesen Entscheid, da gerade während der Covid-Krise die Grundrechte in Bezug auf körperliche Unversehrtheit und Freiheit massiv eingeschränkt wurden.



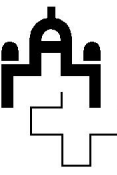
Zahlreiche weitere Geschäfte wurden behandelt (17/17): Rechtsfragen

**Missbräuchliche
Untermiete soll
vermieden
werden**

**Anpassung
Mietvertragsrecht**

- Bei der Untervermietung von Räumlichkeiten sollen die Eigentümer nach dem Beschluss des Ständerates mehr zu sagen haben. Und wenn sie Eigenbedarf geltend machen, sollen sie schneller Zugang zum Wohnobjekt bekommen. Bei der Untervermietung von Räumlichkeiten sollen Vermieter neu explizit schriftlich Untervermietungen zustimmen müssen. Zudem sollen die Vermieter in Zukunft ein ausserordentliches Kündigungsrecht erhalten, wenn der Mieter die Voraussetzungen für die Untermiete nicht einhält. Neu soll der Vermieter die Untermiete auch verweigern können, wenn eine mehr als zweijährige Dauer dieser Untervermietung geplant ist. Dieser Vorlage (15.455, 18.475) stimmte der Ständerat mit 25 zu 11 Stimmen zu.
- Der Ständerat hiess mit 28 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen nach dem Nationalrat zwei Anpassungen des Obligationenrechts zu Formvorschriften im Mietrecht gut (16.459, 16.458). So soll in Zukunft für die Mitteilung einer Zinserhöhung eine auf mechanischem Weg nachgebildete Unterschrift auf dem offiziellen Formular ausreichen. Zudem soll für die Mitteilung von Mietzinserhöhungen, die in einer Vereinbarung über gestaffelte Mietzinse vorgesehen sind, künftig die schriftliche Form genügen. Bisher muss dafür ein amtliches Formular verwendet werden.

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 - 3. Besuch im Bundeshaus**
 4. Aktualitäten



Ein Besuch im Bundeshaus ist während den Sessionen jederzeit möglich – ich würde mich sehr darüber freuen!

Die nächsten Sessionen finden an folgenden Daten statt:

- **Winter 2023: 4. – 22. Dezember 2023**
- **Frühling 2024: 26. Februar – 15. März 2024**
- **Sommer 2024: 27. Mai – 14. Juni 2024**
- **Herbst 2024: 9. – 27. September 2024**
- **Winter 2024: 2. – 20. Dezember 2024**

Ein Besuch im Bundeshaus ist wie folgt möglich:

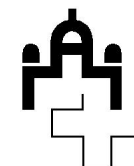
- **Als Gruppe bis max. 40 Personen:**
 - Anmeldung im Internet unter www.parlament.ch:
Home > Services > Besuch im Parlamentsgebäude > Sessionsbesuche
 - Für Rückfragen E-Mail an sessionsbesuche@parl.admin.ch oder Tel. unter +41 58 322 97 11
- **Als Einzelperson oder zu zweit:**
 - E-Mail an mich
 - Individueller Besuch im Bundeshaus inkl. Besuch der Wandelhalle

-
1. Wo befinden wir uns im Parlamentsjahr
 2. Die bedeutendsten Geschäfte der Session
 3. Besuch im Bundeshaus
 - 4. Aktualitäten**

Wählen
Sie noch
heute!

National- und Ständeratswahlen 22. Oktober 2023

So wählen Sie im Kanton Zug richtig!



1. Öffnen Sie Ihr Stimmcouvert, darin finden Sie folgendes Material:

- Block mit vorgedruckten Nationalratskandidaten-Wahlzettel (Listen)
- Kleines Couvert
- Ständeratswahlzettel
- Stimmrechtsausweis



2. Wählen Sie Ihre Nationalrätinnen und Nationalräte: Nur eine der sechs SVP-Listen vom Wahlzettelbogen abtrennen:

- SVP – Die Schweizerische Volkspartei (Stammliste)
- SVP – Für einen dynamischen Ennetsee!
- SVP – Für eine starke Stadt Zug!
- SVP – Für ein lebenswertes Baar!
- SVP – Für unser schönes Ägerital!
- SVP – Junge Schweizerische Volkspartei



3. SVP-Nationalratsliste ins kleine Couvert: Nur eine der sechs SVP-Listen ins kleine Couvert legen.



4. Wählen Sie Ihren Ständerat: Nur den Namen Thomas Werner auf den Ständeratswahlzettel schreiben. Zweite Zeile leer lassen.



5. Ständeratszettel ins kleine Couvert: Legen Sie den Ständeratszettel zur Nationalratsliste ebenfalls ins kleine Couvert. Dieses Couvert unbedingt zukleben.



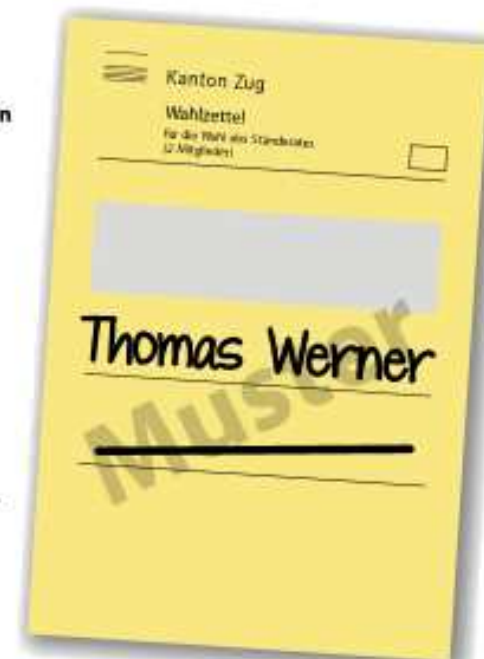
6. Stimmrechtsausweis unterschreiben: Unterschreiben Sie den Stimmrechtsausweis.



7. Alles ins grosse Couvert: Kleines Couvert und Stimmrechtsausweis zusammen ins grosse Couvert legen, so dass die Adresse der Gemeinde im Sichtfenster zu sehen ist. Wenn nötig, frankieren Sie das Couvert. Und dann ab in die Post oder Einwerfen bei Ihrer Gemeinde.



8. Abschicken: Couvert bis spätestens 18. Oktober per A-Post aufgeben oder bis 20. Oktober auf die Gemeinde bringen oder am 22. Oktober an die Urne gehen.



Schicken Sie uns Ihre Fragen
per Mail an:

sekretariat@svp-zug.ch

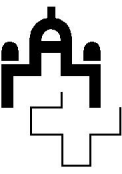
oder rufen Sie uns zu Büro-
zeiten an auf: 079 680 17 44

www.svp-zug.ch



Achtung!

- Legen Sie **nur eine Nationalratsliste** ins Couvert, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!
- Schreiben Sie keine zusätzlichen Bemerkungen auf den Wahlzettel, ansonsten ist Ihre Stimme ungültig!



Haben Sie Fragen?